:antifaschistische nachrichten

Nr. 15

g 3336 17.7.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

31. Juli - 10. August: 6. Antirassistisches Grenzcamp in Köln

Nachdem bisher fünf Jahre lang die antirassistischen Grenzcamps an den Außengrenzen der Bundesrepublik oder einem Migrationszentrum wie dem Frankfurter Flughafen stattfanden, wird im August erstmals in Köln gecampt. Im Ankündigungsflugblatt heißt es:

„Wir sagen ‚Nein' zu sämtlichen Techniken und Strategien globaler Migrationspolitik. Das Camp tritt an gegen rassistische und immer stärker transnational organisierte Kontroll- und Überwachungstechniken, gegen Abschiebe- und Lagerpolitik, gegen die Militarisierung der EU-Außengrenzen, gegen gezielte Illegalisierung und rassistische Abschreckung..." Am Anfang des diesjährigen Genzcamps wird erstmalig ein 3-tägiges Auftaktforum unter dem Titel ‚Antirassismus ausbuchstabiert' stehen, Gelegenheit zur prinzipiellen Debatte darüber, welche politische und strategische Bedeutung Antirassismus hat.

Zelt, Schlafsack und einen Campbeitrag von 10 - 15 Euro mitbringen. Fürs Essen sorgen Volksküchen – mit tatkräftiger Unterstützung durch Euch! Moderierte Plena finden täglich statt, es gibt ein Infozelt, eine Pressegruppe, eine Willkommensgruppe, ein Internet-Zelt und vieles mehr.

Neonazi-Demos gegen Grenzcamp

Für Samstag, 2. August hat die neofaschistische „Bürgerbewegung Pro Köln" eine Demonstration gegen das Camp angekündigt. Am 9. August wollen die „Freien Kameradschaften" aufmarschieren, Axel Reitz vom KDS (Kampfbund Deutsche Sozialisten) kündigt bereits die „nationale Unterstützung aus ganz Deutschland" an. Auch von daher ist eine breite Unterstützung des Camps notwendig. Gegenaktionen zu den Aufmärschen werden vorbereitet.

Infos: e-mail: camp03 infoladen.net, telefonisch0221/95 26 367, Internet www.nadir.org/camp03 ■

Aus dem Inhalt:

Bismarck – ein Mythos und seine Jünger 7
Frankreich: Neue Ausländergesetze angenommen 11

Gegen Naziaufmarsch und Opfermythos

Der Hamburger Landesverband der NPD und das Aktionsbüro Norddeutschland haben für Samstag, den 19. Juli, eine Kundgebung (12.00 Uhr, Berliner Tor) mit anschließender Demonstration durch die Hamburger Innenstadt zur Moorweide/Dammtor angekündigt. Der als „Trauermarsch" bezeichnete Aufzug nimmt den 60. Jahrestag der alliierten Bombenangriffe auf Hamburg zum Anlass, also die Zeit zwischen dem 24. Juli und dem 3. August 1943. Allein in der Nacht des großen „Feuersturms" vom 27. zum 28. Juli starben in Hamburg 40.000 Menschen.

Natürlich beklagt das „Aktionsbüro" nur die deutschen Opfer. Gleichzeitig verschweigen und leugnen diese Kreise die 60 Millionen Kriegstoten, die der deutsche Faschismus zu verantworten hat. Aber auch das Leid tausender Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die in Hamburg und vielen anderen deutschen Großstädten zur Bombenräumung gezwungen wurden, ist ihre Sache nicht. Das „Leid" wird von den Neonazis lediglich in Schutzhaft genommen, zum Zwecke antisemitischer, antiamerikanischer und Kriegsverbrechen verherrlichender Propaganda, und diese klingt aus ihrem Mund dann so: „Wir gedenken den Opfern der anglo-amerikanischen Kriegsverbrecher und mahnen zur Wachsamkeit: Die Verbrecher, die damals das Deutsche Reich angegriffen haben, führen auch noch heute Kriege in aller Welt...".

Gescheitertes NPD-Verbot...

Am 18. März scheiterte das Verbotsverfahren gegen die neofaschistische NPD endgültig. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Eröffnung des Verbotsverfahrens abgelehnt mit der Begründung, dass in den Verbotsanträgen Aussagen einer großen Anzahl von VS-Leuten in höchsten Führungspositionen angeführt wurden, um den rassistischen, antisemitischen und antidemokratischen Charakter zu belegen. Die Unterscheidung zwischen Beobachtung und Steuerung von Aktivitäten neofaschistischer Parteien und Organisationen lassen sich nicht mehr erkennen. Was als medialer Höhepunkt des „Aufstandes der Anständigen" im Januar 2001 begann, endete mit einer Bruchlandung, stärkt die NPD und lässt ein Verbot aller neofaschistischen Parteien in weite Ferne rücken.

...und seine Folgen

An fast jedem Wochenende findet irgendwo in der Republik ein Aufmarsch

Fortsetzung Seite 3

Fundamentalistentreffen II

FULDA/REGENSBURG. Über 1600 Menschen, so die Veranstalter, nahmen Ende Juni am Kongress „Freude am Glauben“ des rechtskonservativen „Forums Deutscher Katholiken“ in Fulda teil. Zur dritten Großveranstaltung der „Papst- und Kirchentreuen unterschiedlichster Spiritualität und geistlicher Ausrichtung“ gab es, übermittelt von Kardinalstaatssekretär Angelo Sodano, den Segen des Papstes, Erfolgswünsche vom Kölner Kardinal Joachim Meisner, von Bischof Gerhard Ludwig Müller und Vorträge u.a. des Opus Dei-Bischofs Klaus Küng. Im nächsten Jahr wird das Forum, das als Gegen-Organisation zum Zentralkomitee der deutschen Katholiken und der Kongress, der als Gegenveranstaltung zum Ökomenischen Kirchentag anzusehen ist, Station in Regensburg machen. Neben einer Erklärung zu Ehe und Familie als „Zukunft unseres Volkes“ wurde auch eine Resolution zu Europa verabschiedet, in der die „Neubesinnung auf die christliche Identität Europas“ gefordert wird. Darin wird u.a. eine Verknüpfung der „Weiterentwicklung des vereinten Europas“ mit der „Frage nach der europäischen Identität“ begrüßt und eine „Bezugnahme auf Gott“ in der gemeinsamen EU-Verfassung gefordert. Ein Beitritt der Türkei zur EU wird in der Resolution aus „politischen, humanitären, aber auch aus geistes- und kulturgeschichtlichen Gründen“ abgelehnt .

hma ■

Eskimo-Boykott

ÖSTERREICH/WIEN. Der österreichische Stocker-Verlag, dessen langjährige Inhaberin Ilse Dvorak-Stocker im vergangenen Jahr einen Preis der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ überreicht bekam, ruft zum Boykott der Eis-Firma „Eskimo“ auf. Diese hatte es gewagt ihre beliebte Eissorte „Magnum“ unter dem Namen „Die sieben Todsünden“ zu vermarkten. Zwar hat der Verlag mit Christentum nicht viel im Sinn, aber wenn es um die Verteidigung angeblicher „Grundlagen unserer Ethik“ geht, versteht er keinen Spaß. Auch das Monatsblatt der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaften“, „Der Eckart“, dessen Schriftleiter Helmut Müller im NPD-Blatt „Deutsche Stimme“ schreibt und der auch bei NPD-Gliederungen referiert, unterstützt den Aufruf des Stocker-Verlags. Alle Leser seien aufgefordert, künftig „keine Produkte der Firma Eskimo mehr zu kaufen, solange das Eis so genannt wird, und auf die Firma Schöller oder lokale Erzeugnisse zurückzugreifen.“

hma ■

Niederländische SS-Verbrecher

DEN HAAG/BERLIN. Sechs gebürtige Niederländer, die vor Jahren nach Deutschland geflüchtet waren, weil sie wegen ihrer NS-Verbrechen in den Niederlanden zunächst zum Tode, dann zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden waren, sollen ihre Strafen nun in Deutschland absitzen. Dies hat das niederländische Justizministerium in Den Haag nun bei der Bundesregierung beantragt. Grundsätzlich wäre dies auf der Basis eines Rechtshilfeabkommens beider Staaten möglich. Berlin ließ bislang lediglich verlauten, ein deutsches Gericht werde den Antrag prüfen. Ein Auslieferungsantrag für die sechs SS-Verbrecher, die mit ihrem Beitritt zur Waffen-SS quasi automatisch Deutsche wurden, wurde vor zwei Jahren bereits von Berlin abgelehnt.

Im Einzelnen handelt es sich um:

- Klaas F., der 1952 aus dem niederländischen Gefängnis in Breda entkam. Klass F. und sein Bruder Pieter werden für zahlreiche Exekutionen verantwortlich gemacht.
- Dirk H., Obersturmführer der „Waffen-SS“, genannt „Der Boxer“. Er führte 1944 in Hollandscheveld ein Schreckensregiment in einer alten Schule, die zum Folterzentrum umfunktioniert wurde. Juden und mutmaßliche Widerstandskämpfer wurden dort von H. und seinen Schergen gequält. Dirk H. lebt heute unbehelligt in Hessen.
- Heinrich B., Mitglied des „SS-Mordkommandos Feldmeijer“. Ihm wird Mord und Kollaboration mit dem Feind zur Last gelegt.
- Toon S., berüchtigter Lagerbewacher von Ommen. Lebt heute in NRW. Er wird als Mann bezeichnet, der „bestialisch folterte“.
- Herbertus B., gegen den „Henker von Ommen“ läuft in Deutschland bereits ein Verfahren wegen Mordes an einem niederländischen Widerstandskämpfer. Ihm wird vorgeworfen, im Lager „Erica“ bei Ommen Gefangene schwer mißhandelt zu haben.
- Siert B., wurde in den Niederlanden bereits in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Er hat u.a. wenige Tage vor Kriegsende noch dafür gesorgt, daß zwei jüdische Brüder getötet wurden. *hma* ■

Eklat um DVU-Tittmann

BREMERHAVEN. Bei einer Diskussion der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven hat der DVU-Abgeordnete Siegfried Tittmann ohne erkennbaren Zusammenhang mit einem Antrag seiner Partei über mangelhafte Arbeit im Jugendamt der Stadt in einer schriftlich vorbereiteten Rede zu einem historischen Rundumschlag ausgeholt: Die SPD stünde in der sozialdemokratischen Mörder-Tradition wie Karl Liebknecht, Rosa Luxenburg, Josef Stalin, Slobodan Milosevic oder Saddam Husein, rief Tittmann ins Mikrofon. Da es sich nach Ansicht von Zuhörern bei der Rede, die im folgenden Tumult unterging, um „Volksverhetzung“ handelte, will der Stadtverordneten-Vorstand nun den Bandmitschnitt wörtlich abschreiben lassen und der Staatsanwaltschaft übergeben. Diese soll dann prüfen, ob Tittmann möglicherweise eine Straftat begangen habe. *hma* ■

Rechte Hilfe

ZIRNDORF/ÖSTERREICH. Der unlängst wegen des Verdachts der NS-Wiederbetätigung nach zweijähriger Flucht (!) in Wien verhaftete Geschichtsrevisionist und Antisemit Wolfgang Fröhlich habe offensichtlich eine ganze Reihe Personen in der Justiz davon überzeugen können,

„Auf dem Weg nach Rechts...“

Jugend im Umfeld von Neofaschismus und Konservatismus“ heißt eine neue Broschüre, die von der „Kommission Neofaschismus“ der VVN-BdA herausgegeben wurde. Auf 54 Seiten wird die „Jugendarbeit“ der neofaschistischen NPD und ihrer Jugendorganisation, die „Traditionspflege an Hochschulen und Universitäten“, Jugendliche in „Vertriebenenverbänden“, die „Junge Union“, die rechte Skinhead-Szene, Neofaschismus im Internet und rechte Tendenzen im Dark Wave“ dargestellt.

Die Broschüre ist zum Preis von 2,50 Euro plus Porto erhältlich bei der VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Fortsetzung von Seite 1

von einigen dutzend bis hin zu einigen tausend Neonazis statt.

Mit Einstellung des Verfassungsgerichtsverfahrens wähnt sich die NPD im Aufwind. Sie hat ihren „legalistischen Kurs“ wie auch ihre zeitweilige Zurückhaltung gegenüber Naziskin- und Kameradschaftskreisen aufgegeben. Das neue Selbstbewusstsein soll auf der Straße demonstriert, und ihr „Führungsanspruch“ zur Schau gestellt werden. Andererseits verfügen die „Nationaldemokraten“ schon seit Ende der 80er in Hamburg nur noch über wenig Mitglieder. Zusammen mit der seit 1997 praktizierte Vereinbarung zwischen NPD und den Freien Nationalisten – Rederecht für Worch oder Wulf auf NPD-Versammlungen und dem Versprechen sich aus dem jeweiligen Terrain des anderen heraus zu halten – führte diese Situation dazu, das die älteste Partei des Neonazismus in Hamburg vollständig unter die Kontrolle des Norddeutschen Aktionsbündnisses geriet. Inzwischen tobt der Machtkampf auch innerhalb der Freien Nationalisten. Deshalb ruft Christian Worch die Seinen neun Tage später (28.7., 19.00 Uhr, U-Bhf Mundsburg) zu einer Kundgebung auf. Wer von diesen Pappnasen im bundesweit ausgetragenen Machtkampf als Sieger hervorgeht, ist nicht ausgemacht. Die Verlierer stehen dagegen schon jetzt fest: So weist die Kurve der offiziellen Statistik über rechtsextremistisch geführte Straftaten bereits im ersten Halbjahr mit 8,5 % im Vergleich zum letzten Jahr (10.903 Straftaten) steil nach oben.

Deutscher Opfermythos

Sowohl die Faschisten, als auch den bürgerlichen Mainstream eint, dass man sich als Opfer inszeniert. Die Faschisten leugnen die Verbrechen der Nazis offensiv, ja unterstellen den Alliierten einen antideutschen Vernichtungswillen, der zudem, wie im Aufruf des Aktionsbündnis, antisemitisch („anglo-amerikanische Kriegsverbrecher“ bomben mit „alttestamentarischem Haß“) angereichert wird. In der bürgerlichen Geschichtsschreibung werden die Verbrechen der Nazis zwar nicht geleugnet, im Diskurs um die alliierte Kriegsführung jedoch in den Hinter- und die eigene deutsche Opferrolle in den Vordergrund gespielt. Diese Geschichtsbetrachtung des offiziellen Deutschlands begann gleich nach 1945, fand in der Kohl-Ära mit der Ehrung von toten SS-Mördern in Bitburg und der Einweihung der „Neuen Wache“ als zentrale Gedenkstätte für alle Opfer des Krieges eine neokonservative Bestärkung. Unter rot-grün spiegelt sich der deutsche Opfermythos in der Diskussion um die Vertreibung und alliiertes Bombardement deutscher Städte wieder.

Bei aller Trauer um unschuldige Opfer des Hamburger Feuersturms darf aber nicht vergessen werden, dass die Vernichtung des baskischen Guernika schon 1937 durch deutsche Flugzeuge stattfand, das die Nazis 1939 den Krieg begonnen, und ihn als „totalen“ mit der gesamten deutschen Volksgemeinschaft im Rücken erbarmungslos bis zum bitteren Ende führten. Diesen Vernichtungskrieg schnellstmöglich zu stoppen und die Opfer des deutschen Faschismus zu befreien, auch mit Flächenbombardements von Städten, war das legitime Ziel der Alliierten.

Faschismus ist keine Meinung !

In den letzten beiden Jahren trauten sich die Nazis nicht, in Hamburg öffentlich in Erscheinung zu treten. In den zwei Jahren zuvor versuchten sie insgesamt 10 Aufmärsche in der Hansestadt durchzuführen; Einige konnten verhindert werden, alle stießen auf antifaschistischen Widerstand. Der geplante Aufmarsch ist die erste Demonstration der NPD in Hamburg nach dem gescheiterten Verbot. Laut Presseinformation des Landesamtes für Verfassungsschutz wollte die NPD ursprünglich von Berliner Tor (Auftaktkundgebung) durch die City zur Nikolaikirche (die „Gedächniskirche“ von Hamburg) gehen. Nach Kooperationsgesprächen hat die Polizei die Moorweide als Abschlusskundgebung der Nazis vorgeschlagen. Alle Störungen sollen so aus der eigentlichen Innenstadt herausgehalten werden. In der besagten PM des VS wird unmissverständlich klar gemacht, dass Senat und Behörden ihr besorgtes Augenmerk ausschließlich auf mögliche Störungen des Naziaufmarsches durch Protestaktionen legen. Die Polizei kündigt also bereits im Vorfeld eine niedrige Reizschwelle gegenüber antifaschistischen Protesten an. Aus diesem Grund, und weil uns der Gedanke einer Nazikundgebung auf der Moorweide – dem Deportationsplatz für die jüdische Bevölkerung Hamburgs auf ihrem Weg ins Gas – unerträglich ist, hat sich die VVN entschlossen zu zwei angemeldeten Kundgebungen zu mobilisieren. Unterstützt werden die Kundgebungen vom Studierendenparlament, den Jusos, DKP, PDS, SAV, REGENBOGEN, Flüchtlingsrat (Stand 10.7.).

Noch vor dem angekündigten Aufmarsch der Nazis, von 11.00 bis 12.00 Uhr, steht eine kurze Kundgebung. Die Kundgebung liegt bewusst zeitlich vor dem Naziaufmarsch. Zusätzlich ruft die VVN zu einer Mahnwache in der Zeit von 14.00 bis 16.00 Uhr auf. Damit werde, so die Landessprecherin der VVN-BdA, Cornelia Kerth, das Mahnmal geschützt, und das Gedenken an die vernichtete jüdische Bevölkerung bewahrt. Mit der Anmeldung ist die Innenbehörde zudem vor die Frage gestellt, ob sie den heutigen Nazis zugesteht, an den historischen Orten ihrer Verbrechen aufzumarschieren und die Opfer des Nationalsozialismus zu verhöhnen.

Zudem ruft die Gruppe Avanti - Projekt undogmatische Linke, und weitere Gruppen aus dem autonomen Spektrum zu Blockadeaktionen entlang der Strecke der Nazis auf. Um 18 Uhr ist dann auch noch eine Demo unter dem Motto: Geschichte wird gemacht?! Für ein antifaschistisches Geschichtsverständnis! An Angeboten also kein Mangel, dafür aber vielleicht einer der Beteiligung. Der Norden hat Schulferien, und nicht alle boykottieren Italien. *erk, kun* ■

„dass Österreich und seine Steuerzahler von den Juden mit Hilfe von Lügen, Fälschungen und Betrug ausgebeutet, genötigt, erpresst und letztendlich wirtschaftlich vernichtet werden“, heißt es auf den Internetseiten der österreichischen „Ostara“. Der ehemalige Bezirksrat der FPÖ habe „die geballte und in der Regel auch kriminelle Macht des Judentums ...“ unterschätzt, als er am 21. Juni in seinem Wiener Versteck verhaftet wurde, so „Ostara“. Von Fröhlichs „Freund und Mitstreiter“ Gerd Ittner, ein ehemaliger Bundestagskandidat der DVU, wird nun zu einer Hilfsaktion für Fröhlich aufgerufen. Mit einer Unterschriftenaktion will man nun gegen dessen Verhaftung protestieren. *hma* ■

KZ-Gedenkstätte Wittmoor geschändet – Täter vermutlich Neonazis

Zum wiederholten Male wurde die Erinnerungstafel an der KZ-Gedenkstätte Wittmoor am Fuchsmoorweg in Glashütte mutwillig beschädigt. Wie die „Norderstedter Zeitung“ am 5. Juli berichtete, entfernten die Täter die Zahl „6“ von „6 Millionen Juden“ mit Schlagwerkzeugen und beschädigten das Wort „Wir“ von „Wir gedenken . . .“.

Die Täter gingen offenbar mit Hammer und Meißel zu Werke, ein Indiz für eine geplante Tat. Das Wegschlagen der Zahl im Satz „Wir gedenken der 6 Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden“ weist auf Täter aus der rechtsradikalen Szene hin, wo der Holocaust durchweg geleugnet wird.

In einer ersten Reaktion empörte sich auch Stadtrat Harald Freter über den Anschlag: „Nun erst Recht! Wir werden den Tätern keine Chance geben, uns am Gedenken an die Opfer zu hindern“. Außerdem veranlasste der Sozialdemokrat die sofortige Reparatur der Gedenktafel.

→

Regelmäßig rufen die Norderstedter Ortsgruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) und der Verein „Chaverim – Freundschaft mit Israel“ zu Gedenkveranstaltungen an eben jenem Ort auf, in dessen umittelbarer Nähe 1933 über mehrere Monate hinweg überwiegend politische Gefangene der Nazis zu Zwangsarbeit angehalten wurden. Die Gefangenen wurden im September 1933 schließlich ins berüchtigte KZ Fuhlsbüttel verlegt, das Lager Wittmoor aufgelöst.

Ein Bekennerschreiben hinterließen die Täter offenbar nicht. Während zwar bekannt ist, dass mehrere auch bundesweit agierende Neonazis ihren Wohnsitz in Norderstedt haben, sind neonazistische Aktivitäten zuletzt nicht verzeichnet worden.

Quelle: Norderstedter Zeitung; aus Nadelstiche 10.7.2003 ■

Mannheimer Liste driftet nach Rechts

Mannheim. Mehrmals war die Mannheimer Liste in ihrer Geschichte dabei, populistisch nach Rechtsaußen auszuschwenken. Wer kann sich noch an die Kampagne eines Teils ihrer Gemeinderäte gegen die Moschee in Mannheim erinnern?

Heute verschreiben sie sich immer mehr dem radikalen Sozialabbau. Die zwei Abgeordneten der Mannheimer Liste, Rolf Dieter und der ehemalige Arbeitsamt-Chef Rudo Friedrich wollen sich dadurch profilieren, dass sie auf die Armen, auf Arbeitslose und Sozialhilfe-Empfänger einhauen. Da wird mal demagogisch gefordert, dass die Stelle der Sozial-Bürgermeisterin eingespart werden würde. Der wirft man nämlich vor, dass die Ausgaben für Sozialhilfeempfänger unnötig zu hoch seien. Wie diese Ausgaben zu kürzen seien, stellt sich Rolf Dieter so vor: „Alle 6900 uneingeschränkt arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger sollen zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden. Wer sich weigert, muss nach gesetzlichen Möglichkeiten mit Kürzungen rechnen.“

Der Redakteur des Mannheimer Morgens Roger Scholl hat sich als Fan dieser Art Politik geoutet, und stellt fest: „Klein, aber oho – nach diesem Motto macht die Mannheimer Liste Politik“. (MM 14.6.03) *scr* ■

Nazi-Aufmarsch, Berlin, 5.7.

Berlin. Die Demo der „Deutschlandliebenden“ fand doch am 5.7. statt und nicht wie angekündigt am 7.7. Rund 100 neofaschisten, geschützt von mehreren Hundert Polizisten, liefen durch Berlins Mitte, mit geringen Widerstand, bedingt durch die polizeilichen Abschirmmaßnahmen.

Um 10 Uhr befanden sich zunächst 20 nazis, geschützt von etwa 100 Polizisten auf dem Alex, nahe der Weltzeituhr. Ebenfalls auf dem Alex etwa 2 Dutzend Antifas, welche allerdings schnell einen mündlichen Platzverweis für den Alexanderplatz erhielten, aus den mündlichen Platzverweisen wurden schnell schriftliche für den gesamten Bereich Alexanderplatz, Karl-Marx-Allee, Unter den Linden.

Antifaschistische Versammlungen wurden von Greiftrupps aufgelöst und durch die Innenstadt gejagt. Die Schlusskundgebung der „Deutschlandliebenden“ fand am Brandenburger Tor statt. Es kam zu den üblichen deutschnationalen Reden, umrahmt von deutschlandtreuer Musik.

Auch wenn Berlin anscheinend schläft ,war es doch möglich, einige Faschos von der Demo fern zu halten und den Touristen am Brandenburger Tor zu zeigen, dass es Gegenproteste gibt. Auch einige Touris zeigten sich nicht begeistert von dem Aufmarsch und unterstützten uns. *Quelle: Horst, indymedia* ■

Naziaufmarsch in Saarlouis

Saarlouis. Für den 5. Juli 2003, hatte die neofaschistische „Kameradschaft Saarlautern“ einen Aufmarsch in Saarlouis angemeldet. Schon im letzten Jahr konnten dort ca. 100 Nazis ungestört marschieren. Dies sollte in diesem Jahr verhindert werden.

Ein Netzwerk von linken saarländischen Gruppen rief zu einer Gegendemonstration auf, um diesen Aufmarsch zu verhindern und den Nazis nicht die Möglichkeit zu geben, ihre menschenverachtende Propaganda auf die Straße zu tragen. Diesem Aufruf folgten über 400 AntifaschistInnen. Die Gegendemonstration wurde auf halber Strecke von einigen hundert Polizisten gestoppt, als man versuchte den Treffpunkt der Faschos, den Saarlouiser Bahnhof, zu erreichen. Jedoch konnten auch harte Schlagstockeinsätze sowie einige Festnahmen nicht verhindern, dass es den AntifaschistInnen gelang, die Innenstadt so zu blockieren und zu besetzen, um es für die Nazis unmöglich zu machen in diese zu gelangen, woraufhin die Nazidemo durch ein Industriegebiet geführt wurde. Obwohl nun weit abseits von der Stadt wurde der Aufmarsch durch ein großes Polizeiaufgebot geschützt. Von den gerade mal 70 Faschos wurden schließlich acht verhaftet.

Auch nach dem Aufmarsch war es für die Nazis nicht möglich die Innenstadt zu betreten, da diese nach wie vor von mehreren hundert AntifaschistInnen „nazifrei“ gehalten wurde. Auf diese Art und Weise wurde den Neonazis gezeigt, dass ihnen jetzt und in Zukunft kein Fussbreit gewährt wird. *Antifa Saarlouis* ■

Naziführer muss vor Gericht

Neubrandenburg. Am 29. September 2003 um 12.45 Uhr (Saal 5) im Friedrich-Engels-Ring 17 Haus III beginnt in Neubrandenburg der Prozess gegen den einschlägig vorbestraften Neonaziführer aus Hamburg Lars Jacobs wegen Leugnen des Holocausts. Jacobs ist unter anderem Betreiber des Freien Infotelefons Norddeutschland und Anmelder der Demonstration in Meck Pom am 2. August in Peenemünde. Wir werden sehen, ob er als Anmelder die Demonstration am 15. und 16. November 2003 in Halbe nun überhaupt noch durchführen kann...

Weitere Infos erhaltet ihr beim AJZ in Neubrandenburg oder auf der Internetseite: www.links-lang.de ■

Armin Mohler gestorben

Der als „Vordenker der Neuen Rechten“ bekannt gewordene Publizist und Autor Armin Mohler ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am vergangenen Freitag im Alter von 83 Jahren gestorben. In der Tradition von Carl Schmitt, Ernst Jünger und Arnold Gehlen hatte der in Basel geborene Mohler mit seinen rechtskonservativen Werken immer wieder für Diskussionsstoff gesorgt. Bekannt wurde der Sekretär Ernst Jüngers durch seine 1950 unter dem Titel „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932“ erschienene Dissertation, zu der 1989 eine erweiterte Fassung herauskam Das Epochenjahr 1989 markierte für Mohler die Bestätigung einer Vergangenheitsschau unter extrem-konservativen Vorzeichen.

Quelle FR 10.7.2003 ■

Worch mobilisiert erneut nach Leipzig

Leipzig. Nachdem Worch & Co. seit Oktober vergangenen Jahres die Lust an Völkerschlachtdenkmalbesichtungsversuchen vergangen schien, ist nun für den 19.Juli 2003 die 9. Nazidemo innerhalb der letzten zwei Jahre unter dem Motto „Gegen Repression und linke Gewalt, für Demonstrationsfreiheit. Wir sind das Volk.“ angemeldet. Die Modalitäten auf Neonaziseite werden sich wie immer auf das Erreichen des Völkerschlachtdenkmals fokussieren. Ihr Treffpunkt ist 12 Uhr Hauptbahnhof/ Ostseite, von da aus Richtung Völkerschlachtdenkmal und je nach Widerstand vom erreichten Ort wieder zurück. AntifaschistInnen treffen sich am Burgplatz, 11.00 Uhr, Zwischenkundgebung am Laden „Miss Liberty“, Abschlusskundgebung am Bahnhof Westseite. Nach und unabhängig von der Demo kann mensch am Bahnhof den Nazis einen Jubelempfang der besonderen Art bieten. Eurer Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Unterstütz. Gruppen: re:sistencia, oap, lsg, antira gruppe, pds-hg, solid sachsen, ag tollwut, pds sv ■

Naziaufmarsch in Hagen

HAGEN. Am Samstag, dem 5.7.2003 demonstrierten in Hagen-Vorhalle ca. 70 Neonazis gegen Polizeiwillkür und Polizeigewalt. Anmelder war der Oberhausener Neonazi Markus Machinke (organisiert in der Oberhausener „Förderturm Kameradschaft“).

Die Antifa Hagen hatte zu Protesten auf der Naziroute aufgerufen, so versammelten sich trotz scharfer Polizeikontrollen zeitweilig bis zu 50 AntifaschistInnen entlang der Naziroute. Nicht genug für eine Blockade der Naziroute, aber immerhin genug, um die Zwischenkundgebung der Nazis in einem gellenden Pfeifkonzert untergehen zu lassen. Die Drohung der Hagener Polizeipräsidentin Ursula Steinhauer, das Verwenden von Trillerpfeifen strafrechtlich zu verfolgen, war wohl auch von den meisten AnwohnerInnen als lächerlich empfunden worden. Zeitgleich zur Nazidemonstration fand in Vorhalle eine Kundgebung der SPD gegen Rechts statt. Bezeichnend ist hier allerdings, dass den TeilnehmerInnen nicht mal die Benutzung des Megaphons von der SPD gestattet wurde („das ist für die Ordner“).

Insgesamt waren die Proteste trotz der schwachen Mobilisierung relativ effektiv, mit mehr Leuten hätte sicherlich mehr erreicht werden können, eine Verhinderung von Naziaufmärschen scheint in NRW aber ohnehin momentan nur vereinzelt möglich zu sein.

Antifa Hagen ■

Wieder mehr rechtsextreme Straftaten

BERLIN. Das Bundesmnisterium des Innern hat die Zahl rechtsextremer Straftaten für den Monat Mai bekannt gegeben. Auf Anfrage der PDS-Abgeordneten Petra Pau teilte das BMI mit, dass im Monat Mai insgesamt 687 Straftaten erfasst wurden, die politisch rechts motiviert sind, davon 54 Gewalttaten, 633 sonstige Straftaten. Bei den Gewalttaten wurden 44 Personen verletzt. Die angegebenen Zahlen werden als „vorläufig“ bezeichnet, da die Meldungen aus den Bundesländern noch nicht vollständig seien.

Die Zahl der registrierten rechten Straftaten nimmt demnach zu. Im statistischen Schnitt bedeutet dies: Tag für Tag über 22 rechtsextremistische Straftaten, also jede Stunde eine. Die reale Zahl liegt bekanntlich weitaus höher.

Die komplette Statistik kann über das Bundestagsbüro der Abgeordneten Patra Pau bezogen werden:
Telefon 030 - 227 71095
Fax 030 - 227 70095
petra.pau@bundestag.de
www.petra-pau.de

Gedenktafel : für die Opfer des KZ Kemna

Das war lange überfällig!
Heute am 70. Jahrestag der „Inbetriebnahme“ des Konzentrationslagers in der alten Putzwollenfabrik an der Kemna wurde eine Gedenktafel am Gebäude des ehemaligen KZ für die Opfer angebracht.

In diesem Gebäude befand sich das Konzentrationslager Kemna. Durch die Kemna gingen ca. 4000 Antifaschisten und Aktivisten der Arbeiterbewegung. Die Folterknechte der SA und der Polizei demütigten und misshandelten ihre Opfer bestialisch. Zwei Menschen starben an den Misshandlungen in der Kemna, ein 13 jähriger Junge wurde von SA-Leuten erschossen.

Otto Böhne
KPD- Stadtverordneter,
in der Kemna tagelang gefoltert und misshandelt, stirbt am 25. Februar 1934 im KZ Börgermoor.

Karl Erlemann
Schuhmacher aus Radevormwald,
in Folge von schwersten Misshandlungen nach Galkhausen eingeliefert und am 9. Januar 1934 an Herzlähmung gestorben.

Hermann Göbel
im Alter von 13 Jahren am 26. August 1933 von der SA erschossen

In Erinnerung an die Gemordeten und Gefolterten der Wuppertaler ArbeiterInnenbewegung

Für eine würdige Gedenkstätte!
Nichts und niemand ist vergessen!

Die Älteren werden sich sicher erinnern, es hat 50 Jahre gedauert, bis in Wuppertal ein Erinnerungszeichen für das unvorstellbare Leiden der Kemna Opfer politisch durchsetzbar wurde. (Nur an dem Denkmal im Deweertschen Garten durfte der Name Kemna eingraviert werden.)

Die Überlebenden des KZ Kemna und mit ihnen Jugendverbände und Gewerkschaften hatten Jahrzehnte vergeblich für einen würdigen Erinnerungsort gestritten. Obwohl das Gebäude des ehemaligen KZ gut erhalten war, der historische Ort der Folter und Demütigung nicht zerstört war, und sich aus den Akten ergab, das ein Nebengebäude sogar durch Häftlingsarbeit gebaut wurde, gab es keine Chance, an dem Ort selbst eine würdige Gedenkstätte und ein Dokumentationszentrum für den Wuppertaler Widerstand aufzubauen. Man musste 1983 auf eine gegenüberliegende Böschung ausweichen und das in einem Schülerwettbewerb entstandene Mahnmal musste aus Spendengeldern finanziert werden. Die Privatbesitzer der Fabrik hatten sich sogar geweigert, eine Gedenktafel zuzulassen und manche WiderstandskämpferInnen wurden von den „Hausherrn“ einfach weggejagt.

Als ob es in diesem Land keinen Denkmalschutz gibt, konnte der historische Ort vom Besitzer entkernt und baulich verändert werden. Die Spuren des KZ sollten verschwinden, die Wuppertaler Öffentlichkeit sollte sich kein Bild machen können.

Wir fordern eine offizielle Gedenktafel und Denkmalschutz für das ehemaligeKZ-Gebäude!

Das von den Häftlingen gebaute Gebäude wird zum Dokumentationszentrum für den Wuppertaler Widerstand!

Wir fordern das Recht auf öffentliche Begehungen und regelmäßige Führungen!

Und eine betriebliche Weiterbildung für die Beschäftigten der „Stuart Schmiermittelfirma“!

Antifaschistische Initiative Wuppertal 4.7.2003 ■

Katholischer Fundamentalisten-Häuptling im offenen Konflikt mit Le Pen

Der „Ayatollah cassoulet“ zürnt. So wird er genannt, Bernard Antony – das cassoulet ist eine gastronomische Spezialität der Region um Toulouse, eine Art Bohneneintopf mit Fleischbeilage.

Bisher war der Chef des katholisch-fundamentalistischen Flügels der extremen Rechten, Bernard Antony, Herr im Haus beim Front National in der französischen Südwestregion, die von Toulouse bis zu den Pyrenäen reicht. In dieser Region war er seit den Siebziger Jahren in Kreisen der extrem antikommunistischen äußersten Rechten aktiv. 1975 kreierte er, durch Pharamindustrielle finanziell gesponsort, die damalige Monatszeitung „Présent“, die in den achtziger Jahren Tageszeitung wurde und heute die einzige Tageszeitung im Umfeld der extremen Rechten ist (freilich mit geringer Auflage). 1982 gründete er die „Comités Chrétienneté - Solidarité“ (Komitees für Solidarität der Christenheit), mit denen er zunächst eher am rechten Rand der konservativen Parteien aktiv wurde. 1984 wechselte er zum Front National über, im Vorfeld der damaligen Europaparlamentswahlen, die zum entscheidenden landesweiten Durchbruch der rechtsextremen Partei führen sollten.

Von 1984 bis 1999 saß er als FN-Abgeordneter im Europaparlament, in das er nicht wieder einzog, als sich bei der EP-Wahl im Juni 1999 (kurz nach der Parteispaltung in Le Pen- und Mégret-Anhänger) die dortige FN-Fraktion von 11 auf 5 Köpfe verringerte. Heute ist er noch Chef der FN-Fraktion im Regionalparlament von Toulouse (für die Region Midi-Pyrénées, wo die rechtsextreme Partei schwächer ist als im landesweiten Durchschnitt).

Seit kurzem befindet er sich nun im quasi offenen Konflikt mit Parteichef Jean-Marie Le Pen. Am Freitag, den 4. Juli 03 gab er seinen Rückzug aus dem Politischen Büro des FN bekannt (dem zweithöchsten Führungsgremium der Partei mit – neuerdings – 50 Mitgliedern, zwischen dem Zentralkomitee als dritthöchstem und dem neunköpfigen Exekutivbüro als engstem Spitzengremium). Zugleich erklärte er, nicht als Kandidat auf einem der vorderen Listenplätze (für Midi-Pyrénées) bei der Regionalparlamentswahl im März 2004 antreten zu wollen.

Sein am 4. Juli veröffentlichtes Kommuniqué enthält deutliche Kritik und Ironie gegenüber Parteichef Jean-Marie Le Pen. Vorgeworfen wird diesem insbesondere – zwischen den Zeilen, aber kaum verhohlen – seine Tochter Marine Le Pen innerparteilich gefördert und damit zugleich einer Modernisierung des FN-Diskurses zu Fragen der Frauenpolitik und der Abtreibung Vorschub geleistet zu haben. Antony spricht von „Funktionsstörungen der Bewegung“ und zeigt sich „traurig“ darüber, „wie man auf dem Kongress von Nizza mit dem Votum der Delegierten umgegangen ist“. Damals, im April 2003, war Marine Le Pen durch Teile des Apparats blockiert worden. Sie kam bei den Wahlen zum Zentralkomitee nur auf den 34. Platz, hingegen kam Bernard Antony bspw. auf den 6. Platz. Dennoch holte Papa Le Pen sie unmittelbar danach in’s engste Führungsgremium, das Exekutivbüro, und machte sie zur „Vizepräsidentin“ der Partei.

Wegen ihrer Positionen zur Abtreibung – sie ist gegen ein gesetzliches Verbot, und für die Geburtenförderung bei den „echt französischen“ Familien – steht Bernard Antony ihr spinnefeindlich gegenüber. Sarkastisch erklärt er, da er das Politische Büro nun „überladen finde“ – Parteichef Le Pen hatte es in Nizza von 40 auf 50 Mitglieder vergrößert, um MitarbeiterInnen seiner Tochter darin aufzunehmen – „gehe (er) mit gutem Beispiel voran und erleichtere es durch (s)einen Rücktritt“.

Zugleich insistiert Antony schärfer denn je auf seinen ideologischen Positionen, die er durch die jüngere Generation mit Marine Le Pen und die vermeintliche Modernisierung des Parteidiskurses gefährdet sieht:

> „Ich werde stärker denn je, wenn ich kann, meine totale Opposition gegen ein politisches System ausdrücken, das Genozid an unserem eigenen Volk begeht und gegen die Kultur des Todes, die es begleitet.“

Mit diesen markigen Worten – „Genozid“ und „Todeskultur“ – belegen Antony und seine Anhänger die gesetzliche Zulassung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie den Zugang zu Verhütungsmitteln.

Antonys Amtsniederlegung hat auch mit einem eher materiellen Konflikt zu tun: Der Fundamentalistenchef hatte den Anspruch erhoben, im März 2004 bei der Regionalparlamentswahl als Spitzenkandidat anzutreten. Doch Le Pen hatte den ersten Listenplatz an den derzeitigen Europaparlamentarier Jean-Claude Martinez vergeben, der bisweilen eigenwillige und (aus FN-Sicht) unorthodoxe Positionen etwa zum Islam einnimmt. Bernard Antony hatte strikt abgelehnt, und statt dessen den dritten Platz hinter Le Pen selbst auf der Liste zum Regionalparlament im Raum Marseille/Nizza gefordert; dort tritt 2004 Jean-Marie Le Pen persönlich als Kandidat für die Regionalpräsidentschaft an. Ende Juni hatte Le Pen ihm den Platz verweigert. Antony verzichtet jetzt in seinem Kommuniqué explizit auf jede Spitzenkandidatur.

Bernard Antony betont, aktives FN-Mitglied bleiben zu wollen. Ein eventueller Abgang, würde er auf seine Ämterniederlegung folgen, könnte dem FN einen gewissen Aderlass bescheren, ihn allerdings auch von – gesamtgesellschaftlich eher hinderlichen – Schlacken befreien.

Bernhard Schmid, Paris ■

Organisatorische Hinweise

Das Seminar beginnt am Freitag, dem 19. September um 18 Uhr mit dem Abendessen und endet am Sonntag, dem 21. September nach dem Mittagessen. Es findet in der Jugendbildungsstätte Hütten (bei Pößneck) statt.

Die Unterbringung erfolgt in Doppel- oder Mehrbettzimmern. Die Verpflegung ist vegetarisch oder auf Wunsch vegan.

Der Teilnahmebeitrag beinhaltet Unterkunft und Verpflegung und beträgt

- 60 Euro für Menschen mit Erwerbseinkommen (30 Euro für Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft),
- 30 Euro für Erwerbslose/Geringverdienende und StudentInnen (15 Euro für Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft sowie für SchülerInnen).

Alle, die sich angemeldet haben, erhalten ca. 10 Tage vor Seminarbeginn eine Anmeldebestätigung mit Anreisebeschreibung. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Weitere Information und Anmeldung:

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.
Warsbergstraße 1, 99092 Erfurt
Telefon: 0361-21727-11
Telefax: 0361-21727-27
e-mail: julika.buergin@dgb-bwt.de

Zusätzlicher Seminarhinweis:
Muezzin - Sharia - Toleranz
Islam-Bilder-Seminar mit Michael Kiefer
17. - 19. Oktober 2003 in Großhettstedt
Information: http://biko.arranca.de, biko@arranca.de

Seminar

Antisemitismus in islamischen Gesellschaften und die Logik von Feindbildern

19. - 21. September 2003 in Hütten

Bismarck – Ein Mythos und seine Jünger

Mit einer kleinen Feier begann am 22.05.2003 die, von nun an jede Nacht stattfindende, Illumination des Bismarck-Denkmals im Alten Elbpark. Allerlei schwarz-braunes Gelichter von Schill-Partei, über Burschenschafter und Vertriebene bis hin zu Neonazis hatte sich zu später Stunde versammelt, um dem Reichsgründer und Sinnbild des deutschen Nationalismus zu huldigen. Sein Urenkel Fürst Ferdinand von Bismarck, selbst in völkischen Kreisen aktiv, schaltete zusammen mit dem Immobilien-Mogul und Paten von St. Pauli, Willi Bartels, die Scheinwerfer ein. Zeitgleich feierten im Hotel Hafen Hamburg Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD), Polizeipräsident Udo Nagel und Innensenator Ronald Schill bei Sekt und Häppchen.

Geladen zu den Feierlichkeiten hatte der „Verein für Denkmal-Erhaltung“, der zum Schutz der Veranstaltung auch die extrem rechte Burschenschaft Germania Hamburg eingeladen hatte. Gegen deren Teilnahme richtete sich im Wesentlichen eine Gegendemonstration mit ca. 300 Personen, zu der die PDS und der AStA der HWP aufgerufen hatten.

Eine Kritik, welche sich nur an der Teilnahme von Neofaschisten an einer offiziellen Feier abarbeitet, die historische Person Bismarck und den, nun wohl wieder aufgewärmten, nationalistischen Kult um seine Person, außen vor läßt, greift allerdings zu kurz. Deshalb folgen in diesem Artikel einige Informationen über Bismarck und seine Politik, den vor allem nach seinem Tod einsetzenden nationalistischen Mythos um seine Person, in diesen Zeitraum fällt auch die Errichtung des Hamburger Bismarck-Denkmals, sowie auch über den „Verein für Denkmal-Erhaltung“, welcher inzwischen mit offizieller Unterstützung diesen schon tot geglaubten Mythos wiederbeleben will und sich auch sonst geschichts-revisionistisch betätigt.

Der Eiserne Kanzler

Otto von Bismarck,1815 geboren, war ein preußischer Großgrundbesitzer, der nach mäßigem Schulerfolg, verbummeltem Jurastudium und misslungener Karriere im Staatsdienst, sich 1839 lieber wieder auf die väterlichen Güter zurück zog, um dort das Leben eines „Tollen Junkers“ zu führen. Erst als sich die preußische Krone im Heeres- und Verfassungskonflikt in höchster Not befand, begann für den „Mann fürs Grobe“ der kometenhafte Aufstieg: Erst als Vertreter Preußens im Bundestag, Gesandter in Petersburg und Paris und 1862 schließlich als Ministerpräsident.

In Deutschland herrschte Preußen und in Preußen herrschte Bismarck, der als Reichskanzler und zugleich Vorsitzender des sogenannten Bundesrates, absolute Macht genoss und dem Parlament nicht verantwortlich war. Wenn man Bismarcks Politik der Einigung der feudalen Kleinstaaten zum Deutschen Reich, und damit die Voraussetzung für einen sich entwickelnden Kapitalismus aus historisch-dialektischer Sicht noch eine progressive Seite abgewinnen kann, so wurde die Politik des Reichskanzlers nach 1871 erzkonservativ und nur auf einen Erhalt des gesellschaftlichen Status quo ausgerichtet.

> **„Eines war ihm versagt geblieben: Edelmut. Das Gegenteil davon, das zuletzt die Form kleinlichster Gehässigkeit annahm, zieht sich durch sein ganzes Leben“**
> ***Theodor Fontane über Bismarck***

Im Vorfeld des Krieges gegen Frankreich 1870/71 gelang Bismarck ein diplomatisches Geniestück: Durch die Verfälschung der sog. Emser-Depesche zwang er Napoleon III. zu einer voreiligen Kriegserklärung und konnte diesen als Angreifer darstellen.

Innenpolitisch herrschte der Eiserne Kanzler mit Zuckerbrot und Peitsche. Einerseits konnte die immer stärker werdende Arbeiterklasse Bismarck ab 1883 die schrittweise Einrichtung der Sozialversicherungen, zumindest für das Industrieproletariat, abringen. Andererseits erließ er 1878 die Ausnahmegesetze „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, um die organisierte Arbeiterschaft und auch die Gewerkschaftspresse mit gnadenlosem Polizeiterror zu verfolgen.

Bismarck und der deutsche Nationalmythos

Nach Bismarcks Rücktritt wurde es zunächst ruhig um seine Person, doch schon zu seinem achtzigsten Geburtstag setzte eine wahre Wallfahrt des nationalistischen Bürgertums zu dem „Alten aus dem Sachsenwalde“ ein. Erst recht aber nach seinem Tod 1898 wurde dem ehemaligen Reichskanzler eine wahrhaft kultische Verehrung zuteil. Aller Orten wurden Straßen, Plätze, Brunnen, Schulen nach ihm benannt, Gedenksteine, Säulen, Türme, Denkmäler ihm gewidmet, unzählige Bismarck-Devotionalien, -Münzen, -Orden hergestellt, in Gedichten, Büchern und Liedern dem Übervater gehuldigt.

1906 wurde auch in Hamburg dem „Genius germanischen Kampfeszornes“ ein wahrhaft kolossales Denkmal durch Hugo Lederer errichtet. Das größte Bismarck-Denkmal Deutschlands wurde mittels privater Spenden finanziert. Schon aus der Architektur lässt sich ein militäristisch-wehrhafter, betont germanisch-völkischer Nationenbegriff, den das Denkmal verkörpert, ablesen. Mit seinem riesigen Schwert droht der steinerne Koloss jedem potentiellen Feind von außen, symbolisiert aber auch Zucht und Ordnung nach Innen. Bismarck hatte Hamburgs Kaufleuten mit seiner Kolonialpolitik zu großem Reichtum verholfen und so ließen sie das Denkmal bewusst im Stil eines mittelalterlichen Rolands, mit Blick gen Übersee errichten – dieser ist Schutzpatron des Handels.

Im Verlauf der Jahre wurde gerade das Hamburger Bismarck-Denkmal aufgrund seiner Größe, Symbolik und Lage zu einer Ikone des Völkischen Nationalismus. Monarchisten, Reaktionäre, Republikfeinde, Deutschnationale, Altkonservative, Faschisten und immer auch schon Verbindungsstudenten aller Couleur pilgerten zu dem steinernen „Führer“. So z.B. am 1. April 1926, als eine Massendemonstration „für nationale Gesinnung“ mit Tausenden von Fackeln das Denkmal in gespenstisches Licht tauchte. Allerdings regte sich auch damals schon handfester Widerstand gegen die nationalistischen Aufmärsche. Ab 1927 kam es in Hamburg stets am 1. April zu schweren Zusammenstößen zwischen Bismarck-Verehrern und Kommunisten, die vor der faschistischen Gefahr warnten.

Auch die NSDAP bediente sich in den ersten Jahren nach der Machtübertragung des Bismarck-Kultes. Am 13./14 Februar 1939 besuchte Adolf Hitler in Friedrichsruh das Bismarck-Mausoleum. Die Hamburger Nachrichten schrieben dazu: „Durch die Gründung des Zweiten Reiches hat Bismarck dem Dritten Reich den Weg gebahnt. Ohne sein Werk wäre auch Großdeutschland nicht entstanden.“ Der Bismarck-Mythos ließ erst nach, als aus Gründen der Aktualität und der Konkurrenz es nur noch einen Führer aller Deutschen geben konnte. So wie ehemalige deutschnationale, jung-konservative oder nationalrevolutionäre Weggefährten überflüssig wurden, hatte auch der Reichsschmied als Idol ausgedient.

Schwarz-braune Bismarckjünger

Ein „Verein zur Erhaltung des 76er Denkmals e.V.“ wurde 1991 in der Lettow-Vorbeck-Kaserne gegründet. Das Denkmal für das Hanseatische Infanterieregiment Nr. 76, in Hamburg – besser als „Kriegsklotz“ bekannt – ist das wohl umstrittenste Denkmal der Hansestadt.

Bergedorf: Streit um Stolpersteine

Sie sind zehn mal zehn Zentimeter groß, haben eineblank polierte Messingplatte und erinnern an die Opfer des Naziregimes – die so genannten Stolpersteine. Rund 2500 dieser Denkmäler sind in Deutschland vor Häusern von Deportierten verlegt worden, mehr als 400 davon allein in Hamburg. Jetzt liegen die ersten Steine auch in Bergedorf vor 15 Häusern - und sorgen prompt für Ärger. Grund: In den Straßen Hinterm Graben und Rothenhaus-chaussee hat der Initiator der Aktion, der Künstler Gunter Demnig (55), die Steine gegen einen Beschluss der Bezirksversammlung verlegt. „Das wird ein Nachspiel haben", kündigte Schill-Fraktionschef Frank-Michael Bauer (62) an. CDU und Schill-Partei hatten es zunächst abgelehnt, die bundesweite Aktion zu unterstützen, dann aber schließlich unter der Bedingung eingelenkt, dass die Hauseigentümer mit der Verlegung einverstanden sein müssen. Das Bezirksamt hatte daraufhin alle Grund- und Wohnungseigentümer, vor deren Gebäuden Stolpersteine verlegt werden sollen, schriftlich über die Aktion informiert. Zwei Eigentümer legten daraufhin Einwände ein – über die sich der Künstler jedoch hinwegsetzte „Da die Gehwege der Stadt gehören und nicht den auseigentümern, können die Eigentümer das auch nicht bestimmen", so Peter Hess (59) von der Hamburg-Koordination der Stolperstein-Aktion das Vorgehen.

Hamburger Abendblatt 4.7.03 ■

„Pro Landkreis" rechtsextrem?

Böblingen. Der Sindelfinger SPD-Landtagsabgeordnete Stephan Braun warnt vor der „Bürgerbewegung Pro Landkreis Böblingen" und schaltet Innenminister Schäuble ein. Nach Recherchen Brauns tritt der rechtsextremistisch Hintergrund der im Mai diesen Jahres gegründeten „Bürgerbewegung Pro Landkreis Böblingen" immer deutlicher zu Tage. Aus diesem Grund hat Braun jetzt Innenminister Thomas Schäuble eingeschaltet und um umfassende Auskunft über diese Organisation erbeten.

Die Äußerungen des Sprecherratmitglieds Marius Frosch seien eindeutig, erklärte Braun. „Wer in Pressemitteilungen von ein er ‚inländerfeindlichen Mafia der Altparteien' spricht, wer seine Meldungen in Infodiensten rechtsextremistischer Organisationen publiziert und im eindeutig rechtsextremistischen Publikationsorgan ‚Signal' nach Kandidaten für die Kommunalwahlen Ausschau hält, bewegt sich ohne Zweifel in diesem Lager", so Braun in einer Pressemitteilung. Die Gründungsinitaitive ging laut Braun von Mitgliedern der Republikaner (REP), der Deutschen Volksunion (DVU) und der Deutschen Partei (DP) aus.

Kreiszeitung Böblinger Bote, 9.7.03 ■

Fortsetzung von Seite 7

Es wurde 1936 von den Nazis erbaut, seine Fassade stellt marschierende Soldaten dar und enthält die Inschriften „Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen".

Anfang der 90er Jahre trafen sich die reaktionären Denkmalpfleger, in der Standortkommandantur des Bundeswehr. Man warb in der eindeutig neofaschistischen „Deutschen Rundschau", der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Am Volkstrauertag – unter den Nazis Heldengedenktag genannt – führte der Verein zum Teil zusammen, teilweise nacheinander, Kranzniederlegungen mit Burschenschaftlern und Neonazis am Kriegsklotz durch.

Da der Verein immer mehr Anfragen bekam, sich doch auch für das rechte Gedenken bezüglich anderer Monumente zu engagieren, wurde 1995 mit dieser Zielsetzung ein personell fast identischer „Bund für Denkmal-Erhaltung e. V." gegründet. Neben dem Kriegsklotz und Bismarck kümmert man sich jetzt auch um das sog. „Askari-Denkmal", ebenfalls von den Nazis 1943 errichtet. Es erinnert an die Askaris, afrikanische Söldner, welche im 1. Weltkrieg für die deutschen Schutztruppen unter General Lettow-Vorbeck im heutigen Kenia und Tansania kämpfen mussten.

Ursprünglich hatte der Bund schon dem rot-grünen Senat seine Hilfe bezüglich der Illumination des Bismarck-Denkmals angetragen, dieser lehnte jedoch ab. So konnten die Verehrer des Eisernen Kanzlers erst unter dem CDU/FDP/Schill-Senat mit einer lobhudelnden Einladung zum Festakt laden. Als wahrer Europa- und Friedensfreund wird dort ein Reaktionär vorgestellt, der 3 Kriege gegen seine Nachbarn führte. „Wohl dem Volke, das in bitterster Notzeit einen solchen Mann an seiner Spitze weiß", wünscht sich der Bund einen neuen Diktator in der Einladung und fordert weiter ein starkes Deutschland, als Herz im „Europa der Vaterländer."

Gute Verbindungen pflegt der Verein zur Schillpartei, zur CDU und Kreisen rechts der Union. Vorsitzender, Hansjoachim Prahl, einst Soldat bei der Kampfgruppe Wolz des Afrika-Korps im II. Weltkrieg, setzte seine militärische Laufbahn als Fregattenkapitän bei der Bundesmarine, und seine politische als CDU-Abgeordneter fort. Außer als Denkmalsbeschützer, engagiert sich Herr Prahl im Veteranenverein des Afrika-Korps und schreibt in der geschichtsrevisionistischen „Deutschen Militärzeitschrift", in der auch Neofaschisten publizieren. Schriftführer Christian Brandes ist Offizier, Abgeordneter der Schill-Partei und Korporierter der extrem rechten Burschenschaft Germania Hamburg. Für Schill in Eimsbüttel sitzt Denkmals-Erhalterin Birgit Kraft, ein weiteres Bund-Mitglied ist ebenfalls Burschenschafter.

Wer die Web-Seite der, noch vor wenigen Jahren vom Verfassungsschutz beobachteten, Burschenschaft Germania besucht, wird sogleich in einem langen Artikel auf die Denkmals-Erhalter hingewiesen. Die mit der Sicherheit der Denkmals-Illumination betrauten Germanen, lernten ihr Handwerk Anfang der 90er Jahre noch bei Wehrsportübungen. Das sich zumindest ideologisch seitdem nichts geändert hat, das bezeugte am 20.6.2003 Prof. Franz W. Seidler im Germanenhaus mit seinem Referat: „Die Vergewaltigung des Völkerrechts im 20. Jahrhundert". Der äußerst rechte Militärhistoriker publizierte im neofaschisti-

Der „Kriegsklotz"

schen Grabert-Verlag die geschichtsrevisionistischen Werke „Verbrechen an der Wehrmacht" und „Kriegsgreuel der Roten Armee."

Und schließlich ist da noch Fürst Ferdinand von Bismarck, direkter Nachkomme und der Urenkel des Reichskanzlers, der auch politisch dem „Deutschesten aller Deutschen" verbunden bleibt. Nicht nur, dass sich der Multimillionär Ferdinand von der „Jungen Freiheit" interviewen lässt und einen von diesem Spektrum initiierten „Berliner Apell" unterschrieb, sondern er pflegt auch als Schirmherr eines Bismarckbundes e.V. gute Kontakte ins schwarz-braune Lager. In dieser Funktion lädt der Fürst alljährlich zu nationalistischen Feierlichkeiten an den Ort, wo Familie Bismarck schon mit Hitler ihrem Urahn gedachte. „Ihre Durchlaucht", wie die Kameraden Ferdinand untertänigst anreden, zeichnet bei diesen Gelegenheiten auch gerne Personen „als Anerkennung für die bewiesene vaterländische Gesinnung" mit dem Bismarckorden, wahlweise dem Ritterkreuz 1. Klasse des „Ordo Militaris Teutonicus" aus. Unter den Ausgezeichneten befanden sich in der Vergangenheit ehemalige NS-Funktionäre, Revanchisten, Autoren neofaschistischer Blätter, Neonazis aus inzwischen verbotenen Organisationen, aber auch Politiker aus CDU und CSU.

erk ■

VVN-BdA fordert Verbot des Naziaufmarsches in Dortmund am Tag der Wehrmachtsverbrechen von Kephallonia – Innenminister soll „ungeheuerliche Provokation“ unterbinden

In der Zeit vom 17. bis 22. September 1943, vor nunmehr 60 Jahren, ermordeten Wehrmachtsoffiziere und -soldaten über 5000 wehrlose italienische Kriegsgefangene. Das Verbrechen geschah auf der griechischen Insel Kephallonia. Unschuldige griechische Zivilisten – Frauen, Kinder, alte Leute – wurden zu Tausenden in der Zeit von September bis November 1943 in Lyngiades und rund 30 weiteren griechischen Orten von Wehrmachtseinheiten ermordet. Viele dieser Orte wurden niedergebrannt, ausgemerzt. Ausgerechnet am 20. September dieses Jahres, wenn in Italien und Griechenland der Opfer dieser Wehrmachtsverbrechen gedacht wird, wollen Neonazis unter der verlogenen Losung, es habe keine Wehrmachtsverbrechen gegeben, einen Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung „Verbrechen der Wehrmacht - Vernichtungskrieg 1941 - 1944“ in Dortmund durchführen. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten hat in diesem Zusammenhang an den Dortmunder Oberbürgermeister und an den Polizeipräsidenten wie an den Landesinnenminister geschrieben: „Wir appellieren an Sie, diese ungeheuerliche Provokation zu unterbinden.“

ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

Die VVN-BdA fordern von Politik und demokratischer Öffentlichkeit, die Wehrmachtsausstellung und auch die Tätigkeit der „Zentralstelle im Lande NRW für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen“ in Dortmund unterstützen. Der Massenmord der Wehrmacht von Kephallonia werde derzeit von dieser Zentralstelle untersucht, „eine Anklage gegen zahlreiche mutmaßliche Täter steht - so hoffen wir - bevor“ erklärten die Landessprecher der VVN-BdA NRW.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) hat gemeinsam mit Gruppen junger Historiker vor einigen Wochen dieser Zentralstelle nahezu 200 Namen und Adressen mutmaßlicher überlebender Mörder aus der Wehrmacht zugeleitet, nachdem die VVN-BdA und der Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege entsprechende Ermittlungen angestellt hatte. „Mit Bestürzung mussten wir feststellen, daß die Zentralstelle gegenwärtig das Ziel von Attacken jener ist, die die Ermittlungen ‚torpedieren’ wollen,“ warnt die VVN-BdA.

Unabhängig von der Entscheidung der Politiker kündigt die VVN-BdA schon jetzt an, daß sie gegen die Naziprovokation Menschenketten und andere Schutzmaßnahmen im Bereich der Ausstellung, der griechischen und italienischen Einrichtungen wie der Zentralstelle anregen und unterstützen wird. Am 20. September - 60. Jahrestag von Kephallonia - wird die VVN-BdA einen Mahngang vom Ausstellungsort zum Sitz der Zentralstelle veranstalten. „Es ist unser Ziel zu erreichen, daß die Ermittlungen zügig vorangehen und daß es nicht hingenommen wird, die Verhandlungsunfähigkeit der überlebenden Täter abzuwarten und eine gerichtliche Klärung unmöglich zu machen.“

Unterschrieben ist der Brief von Jupp Angenfort (Düsseldorf), Ulrich Sander (Dortmund) und Jochen Vogler (Wuppertal), den Landessprechern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Die VVN-BdA wurde 1946 von den Vertretern der 50.000 Überlebenden des Naziterrors in Nordrhein-Westfalen gegründet. Sie ist Mitglied der Internationalen Föderation des Widerstandes (FIR) und ist Nichtregierungsorganisation bei der UNO.

Anfragen: Ulrich Sander, Tel. 0231 69 80 60, ulrich@sander.lachen.net und vvn-bdanrw@freenet.de ■

Straßenname und Film zur Erinnerung an die Helmuth Hübener Widerstandsgruppe

HAMBURG. Im Rahmen des Gedenkens an den mit 17 Jahren hingerichteten Hamburger Widerstandskämpfer Helmuth Hübener hatte die VVN-BdA im Herbst 2002 die Behörden in der Hansestadt gebeten, ein Zeichen der Würdigung für den jungen Antifaschisten zu setzen. Jetzt traf bei Ulrich Sander, Autor des Buches „Jugendwiderstand im Krieg - Die Helmuth-Hübener-Gruppe“ (Bonn 2002) ein Brief des Senats von Hamburg, Senatsamt für Bezirksangelegenheiten, ein. Informiert wurde über die Straßenbenennung „Helmuth Hübener Gang“ im Bezirk Mitte, Stadtteil Hamburg-St.Georg. Im „Amtlichen Anzeiger“ vom 23. Mai 2003 wird die Stelle des Helmuth Hübener Gangs so benannt: 70 Meter lang von der Greifswalder Straße, etwa 25 m südlich des Carl von Ossietzky Platzes, nach Südosten zum Kirchenweg führend. Der neue Name wird so erklärt: „Nach Helmuth H. (1925-1942), Verwaltungslehrling bei der Sozialbehörde Hamburg, Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus“.

Außer in Hamburg, wurde Hübener auch in den USA geehrt. Für das Fernsehen des Staates Utah wurde der einstündige Film „Wahrheit und Überzeugung - Die Helmuth-Hübener-Story“ produziert, an dem Ulrich Sander mitwirkte. Der VVN-BdA wurde eine Kopie zugeleitet. Der Film wird inzwischen – da es noch immer keine deutsche Produktion über Hübener gibt – von deutschen Geschichte/Englisch-Lehrerinnen und -Lehrern im Unterricht eingesetzt. ■

Das Buch:
Ulrich Sander: Jugendwiderstand im Krieg, Pahl-Rugenstein Verlag Bonn, 208 S.,ISBN 3-89144-336-6, Preis 14,90 Euro

Rezension DTN-Dossier 2:

„Sudetendeutsche Kapitel“

Im Magazin der Süddeutschen Zeitung vom 20. Juni 2003 gibt Otto Habsburg, bis 1999 für die CSU im Europäischen Parlament und Reisender in Sachen Paneuropa, auf die Frage des Redakteurs „Woher kommt dieser Ruf des ewigen Reaktionärs?“ eine Antwort, die Bände spricht:

„Das liegt am Namen. Das gibt es auch unter den Völkern. Es gibt Völker, die haben so einen gewissen Medien-Sexappeal, und andere haben ihn nicht. Nehmen Sie zum Beispiel die Tschechoslowakei [sic!]. Die kann machen, was sie will – das wird immer gutgeheißen. Und umgekehrt die Kroaten. Die können machen, was sie wollen – es ist immer falsch.“

Diese Form des post-monarchischen Teile-und-Herrsche (vorerst mit Betonung auf „Teile“, das „Herrsche“ muss immer noch ein wenig auf sich warten lassen) als 180°-Propaganda zu bezeichnen, liegt aus der Sicht eines deutschen Medienempfängers ziemlich auf der Hand. Die Hinterfotzigkeit dieser Strategie zu erkennen und zu entschlüsseln ‚setzt aber Kenntnis der historischen Fakten voraus, und selbst dann fällt es manchmal schwer, im Konkreten nachzuweisen, warum klerikal-ständische Paneuropäer letztlich doch der großdeutschen Mission das Wort reden.

Wer wissen will, wie es kommt, dass zu einer revanchistischen Veranstaltung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, wie letztes Jahr an der Uni München, auch seine Hoheit, der einfache Bürger Habsburg sein Kommen gerne ankündigen ließ, dem ist mit dem 2. DTN-Dossier „Sudetendeutsche Kapitel. Studie zu Ursprung und Entwicklung der sudetendeutschen Anschlussbewegung“ ein großes Stück weitergeholfen. Wo ist der missing link zwischen Volksgruppen-Nazis und scheinbar internationalistischen Ethnopluralisten? Wann kann „europäisch“ getrost als „deutsch“ gelesen werden?

Eine Antwort anhand der Zwischenkriegsgeschichte in der Tschechoslowakei gibt die genaue und quellenreiche Analyse von Emil Hruška. Nebenbei erfährt man auch viel über die Differenzen der zwei ideologischen Stränge, die über Jahre an der Zerschlagung der CSR gearbeitet haben.

Das Dossier beginnt mit einer Untersuchung von Begrifflichkeiten wie „Sudetendeutsche“, „Stamm“ und „Volksgruppe“ und zeichnet den zum Teil schon über-bewussten Schaffungsprozess einer völkischen Gruppendefinition nach, die stets im Dienst einer aggressiven Zerschlagungspolitik und übrigens auch eines Klassengegensätze überdeckenden Antikommunismus stand. Dass dies letztlich so schnell auf eine Annexion hinauslief, war der historischen Gelegenheit durch die Entwicklung im Deutschen Reich geschuldet. Sie hätte aber auch als imperiale Strategie, sozusagen getarnt, noch länger „überwintern“ können, so wie sie es heute tut.

Über eine Charakterstudie des Mannes der Stunde, Konrad Henlein, geht der Text voran zur Untersuchung des organisatorischen Einigungsprozesses der sudetendeutschen Funktionäre bis zur Gründung der „Sudetendeutschen Partei“ (SdP), die v.a. der drohenden Illegalisierung der Bewegung in der CSR geschuldet war. Im letzten Kapitel widmet sich die Studie den – immer durch das scheinbar staatsloyale Agieren der Top-Funktionäre in der tschechoslowakischen Politik gedeckten – vielfältigen zersetzenden und zerschlagenden terroristischen Aktivitäten der Bewegung bis zum Gipfel der militärischen Einfälle in die CSR v.a. über die bayerischen Grenzen. Die wurden freilich mit Beginn der „Verhandlungen“ in München um den Anschluss des „Sudetenlandes“ an das Deutsche Reich schnell eingestellt.

Am Ende der Lektüre des mit ca. 70 Seiten recht kurzen Textes besteht kein Zweifel mehr am Charakter der sudetendeutschen Bewegung, und zwar auch der, die nach dem verlorenen II. Weltkrieg als Sudetendeutsche Landsmannschaft inklusive Witikobund wiederauferstand: Sie war stets, und auch nur in geringem Maße verborgen, gegen die CSR als funktionierendes Staatswesen gerichtet, und sie war stets untrennbar verbunden mit einer völkischen Ideologie, die die Überlegenheit alles „Deutschen“ beinhaltete. Abstufungen bestanden lediglich, so zynisch das klingt, hinsichtlich der Frage, ob „minderwertige“ Völker zu vernichten oder nur zu beherrschen seien.

Der Nachweis erfolgt anhand der unbezweifelbaren personellen Kontinuität zwischen der (Vorkriegs-)SdP und der (Nachkriegs-)SDL, anhand eines Anhangs mit umfangreichem Quellenmaterial und durch die Enttarnung der spezifisch sudetendeutschen Widerstandslegenden, die die Funktionäre, die von den eigenen Leuten im Zuge der internen Machtkämpfe kaltgestellt wurden, im Nachhinein als Kronzeugen für eine angebliche Verfolgung benutzen.

Es sei noch gesagt, dass einer der interessantesten und effektivsten Aspekte der antitschechoslowakischen Strategie die völlige ideologische und organisatorische Durchdringung des Alltagslebens der Deutschen in der CSR war. Sprungbrett war hier der Deutsche Turnverband (DTV), doch bald gab es keinen Verein, kein Presseorgan und keine Bildungsinstitution der Deutschen in den „sudetendeutschen Kernsiedlungsgebieten“ mehr, die nicht mit Funktionären durchsetzt und großdeutsch ausgerichtet waren. Hier wird klar, wie die SdP ihre überwältigenden Mehrheiten bekam und eine Atmosphäre des „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ die Menschen durch allgegenwärtige Beeinflussung und Bespitzelung für die „Sache“ dienstbar machte – eine Politik, die der Sphäre des Faschismus entstammt und, das nur nebenbei, auch dort verbleiben sollte.

Jule Gilles ■

Neu im Juni 2003:

DTN-Dossier Nr. 2
Sudetendeutsche Kapitel
Studie zu Ursprung und Entwicklung der sudetendeutschen Anschlussbewegung

Von Emil Hruška

In seiner neuen Studie zeigt der tschechische Publizist Emil Hruška auf, ab wann und warum die deutschsprachigen Einwohner der böhmischen Länder einen gemeinsamen Namen brauchten und welche konzeptionellen Folgerungen sich daraus ergaben. Er befasst sich mit der Persönlichkeit Konrad Henleins und mit den organisatorischen und ideologischen Ursprüngen der Sudetendeutschen Partei sowie den Auseinandersetzungen in ihr. Das letzte Kapitel berichtet über die Wühltätigkeit der sudetendeutschen Irredenta am Vorabend des zweiten Weltkriegs. Mit 50 Seiten Dokumentenanhang.

125 Seiten, Preis: 5,00 Euro
Bestellungen an:
GNN-Verlag
Neuer Kamp 25
20359 Hamburg
Tel. 040-43 18 88 20
Fax: 040-43 18 88 21
e-Mail:
gnn-hhsh@hansenet.de

Frankreich:
Neue Ausländergesetze angenommen

Die gute Nachricht zuerst. „Ihre Aufenthaltsdauer wird verlängert...“, verkündet der, in Polizeiuniform gekleidete, französische Innenminister Nicolas Sarkozy einem jungen Afrikaner. Darauf folgte die schlechte Nachricht: „... im Abschiebegefängnis“. So sah Ende April dieses Jahres ein Karikaturist der Pariser Abendzeitung „Le Monde“ den Kerngedanken des Entwurfs für eine Neufassung der Ausländergesetze, den Sarkozy damals im Kabinett präsentierte.

In der Nacht vom 9. zum 10. Juli dieses Jahres wurde der Gesetzentwurf nun durch die Nationalversammlung – das „Unterhaus“ des französischen Parlaments – angenommen. Nun muss noch der Senat sein Votum abgeben, aber das ist reine Formsache, da derzeit die konservative Rechte in beiden parlamentarischen Kammern eine identische gut 60-prozentige Mehrheit innehat. (Im Streitfall hätte, nach einigem Hin und Her, die Nationalversammlung das letzte Wort.)

Es handelt sich nur um die jüngste Änderung am Dekret vom 2. November 1945, dem Grundlagentext zu den Rechten und Pflichten der in Frankreich lebenden ausländischen StaatsbürgerInnen. Nach über 30 größeren Änderungen stellt der Text ohnehin ein riesiges Flickwerk dar, das je nach politischer Korrektur hin- und hergebogen wird. Nach jeder Änderung der parlamentarischen Mehrheit wird an dem Text herumgedoktort – wenn die Rechte die Mehrheit erringt, im Sinne einer repressiven Verschärfung, und bei einer Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie im Sinne einer gewissen Lockerung (wobei die Linksparteien selten alle Verschärfungen zurücknehmen, welche die Rechte vorher eingeführt hatten, sondern immer nur einen Teil davon). Die zuvor regierenden, etablierten Linksparteien hatte die Ausländergesetze zuletzt im Mai 1998 verändert. Die Konservativen haben nun ihrerseits wieder Hand an sie gelegt.

■ Abschiebehaft

Eine der wichtigen Bestimmungen des Gesetzes ist die Verlängerung der Höchstdauer der Abschiebehaft. Sie betrug bisher zwölf Tage. Ursprünglich sahen die Pläne des Innenministeriums eine Verlängerung auf 60 Tage vor, doch der Conseil d’Etat (Staatsrat), also das oberste Verwaltungsgericht, widersprach in den letzten Apriltagen. Nun sieht das neue Gesetzt eine Ausdehnung auf 32 Tage Höchstdauer vor.

Die Mehrzahl der EU-Länder erlaubt bisher eine längere Abschiebehaft als Frankreich. Deutschland zählt mit einer zulässigen Höchstdauer von bis zu 18 Monaten zu den Spitzenreitern. In Frankreich hatte bisher der Verfassungsgerichtshof eine Verlängerung verhindert. 1993 erklärte er noch eine Verlängerung über zehn Tage hinaus für unzulässig. Abschiebegewahrsam gilt in Frankreich juristisch nicht als Haft. Die Rechtsgarantien, auf die sich Straf- oder Untersuchungshäftlinge berufen können, sind nicht anwendbar. Das gilt nicht nur für eventuellen Freigang, sondern vor allem auch für Angehörigen- und sogar Anwaltsbesuche (die nicht unmöglich sind, aber stärkeren Hindernissen unterliegen als im „normalen“ Gefängnis).

Den französischen Verfassungsrichtern zufolge hat der Abschiebegewahrsam ausschließlich der unmittelbaren Vorbereitung der erzwungenen Abreise zu dienen. Unzulässig ist es hingegen, ihn zur Verwahrung von Personen zu benutzen, von denen man befürchtet, dass sie sich dem staatlichen Zugriff entziehen und als so genannte illegale Einwanderer ihr Leben fristen. Dazu wird er in anderen EU-Ländern faktisch oft eingesetzt.

Tatsächlich werden 85 Prozent der real erfolgenden Abschiebungen in der ersten Woche des Gewahrsams vorgenommen. Danach erhöht sich die Zahl nur noch unwesentlich. Was den Hardlinern der französischen Innenpolitik aber Sorge bereitete, ist die Situation, wenn das vermeintliche Herkunftsland die „Rücknahme“ eines angeblichen Staatsbürgers verweigert. Um auch in diesen Fällen die Ausreise erzwingen zu können, wollte das Innenministerium nun die Gewahrsamsdauer ausdehnen. Claire Rodier vom GISTI – einer Rechtsberatungsgruppe für Immigranten – vermutet, dass im Hintergrund Absprachen mit Regierungen in der so genannten Dritten Welt getroffen werden. Es deute sich etwa an, dass der Senegal bereit sei, auch mal ein Auge zuzudrücken, wenn dorthin Abgeschobene gar keine senegalesischen Staatsbürger sein sollten.

■ Kollektivabschiebungen

Die seit März 2003 regelmäßig zu Kollektivabschiebungen dienenden Charterflüge will Innenminister Sarkozy auch künftig verstärkt einsetzen. Er rechnete den Abgeordneten der Pariser Nationalversammlung stolz vor, im ersten Trimester des laufenden Jahres (Januar bis März) seien 7000 unerwünschte Immigranten per Flugzeug oder per Schiff abgeschoben worden.

Auf das Jahr hochgerechnet, komme man auf rund 30 000 Abschiebungen, was der jährlichen geschätzten Zahl der „illegalen“ Einwanderer entspreche. „Wenn wir es schaffen, jedes Jahr die gleiche Zahl von Personen abzuschieben, so könnten wir die Situation zumindest stabilisieren“, führte Sarkozy aus.

In einem Interview in der konservativen Tageszeitung „Le Figaro“ vom 30. April 03 fügte er hinzu: „Wir werden weiter gehen, indem wir jeden Monat die Zahl der abgeschobenen Sans-papiers (Š) veröffentlichen, auf die gleiche Art, wie wir jeden Monat die Kriminalitätszahlen publizieren.“ Die Polizei muss seit dem Amtsantritt Sarkozys vor einem Jahr monatlich ihre Erfolgsstatistiken bei der Verfolgung von Straftätern publizieren, angeblich um zu beweisen, dass die Politik der Härte die Kriminalitätsrate senkt.

■ Zugleich: Verbesserung der Situation straffälliger Ausländer

Es liegt nahe, Sarkozy als reaktionären Scharfmacher zu kritisieren. Aber das reicht nicht aus, um seine Politik hinreichend zu charakterisieren. Der Mann, der längst davon träumt, bei der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahr 2004 als Kandidat der bürgerlichen Rechte für die Nachfolge Jacques Chiracs anzutreten, kennt die Notwendigkeit eines ausgeglichen wirkenden Erscheinungsbildes. So überholt er seine Amtsvorgänger zugleich „von rechts“ wie auch „von links“.

Sarkozy schlug in seinem Gesetzentwurf nämlich etwas vor, und setzte es dann – in den letzten Wochen – auch gegen innere Widerstände im konservativen Lager durch, woran die Sozialisten in ihrer Regierungszeit (1997 bis 2002) kaum zu denken wagten. Auch wenn linke Basisorganisationen und Menschenrechtsgruppen es immer wieder forderten, kam es von den regierenden Linksparteien nie dazu – Sarkozy hat es jetzt gemacht: Nach seinem neuen Gesetz soll die berüchtigte „double peine“ (Doppelbestrafung) weitgehend abgeschafft werden.

Doppelbestrafung bedeutet, dass ein Immigrant, wenn er eine der weit über 200 Straftaten begeht, die auf einer speziellen Liste erfasst sind, in der Regel nicht nur zu einer Haftstrafe verurteilt wird – wie französische Gesetzesbrecher auch – sondern zusätzlich abgeschoben wird. Meist wird er dadurch gleich dreifach bestraft, denn aufgrund des Verdachts, er könne sich der drohenden Ausweisung entziehen, werden ihm systematisch der Freigang und eine vorzeitige Haftentlassung gestrichen.

Die Anwendung der „double peine“ führte zu offensichtlichen Ungerechtigkeiten, wenn Familien auseinander gerissen und Einwanderer, die seit ihrer Kindheit in Frankreich lebten, in ein ihnen unbekann-

tes Herkunftsland verfrachtet wurden. 1998 fand deswegen in Lyon ein Aufsehen erregender Hungerstreik statt. Die damalige sozialdemokratische Regierung unter Lionel Jospin reagierte bestenfalls mit herablassender Rhetorik. Jetzt hatte ausgerechnet der konservative Hardliner Sarkozy die Notwendigkeit einer Veränderung erkannt, angesichts immer wieder ausbrechender Proteste und dramatischer Schicksale. Es handelt sich um eine innenpolitische Frontbegradigung, die der Innenminister in der jüngsten Parlamentsdebatte am 9. Juli so benannt hat: „Dieses Thema, das seit Jahren für Debatten sorgt, war zum Symbol für die (Anm.: gemeint ist eigentlich: die angebliche) Großzügigkeit der Einen“, gemeint sind die linken und intellektuellen Kritiker der Anwendung der Doppelstrafe, „und für die Unmenschlichkeit der Anderen geworden“. Damit sollte jetzt also Schluss sein. „Wir benötigen die double peine nicht, um die Unsicherheit zu bekämpfen und der Einwanderungsströme Herr zu werden“, fügte Sarkozy hinzu. Tatsächlich hatten sich am Symbol der „double peine“ viele Mobilisierungen aufgehängt; zuletzt fand am 10. Mai dieses Jahres in Paris, auf der Place de la République, ein (kostenloses) „Konzert gegen die Doppelstrafe“ mit mehreren Zehntausend BesucherInnen statt.

Die Neufassung der Ausländer- und Strafgesetze sorgt nunmehr dafür, dass bestimmte Kategorien von Ausländern gesetzlich gegen die Anwendung der „double peine“ geschützt sind. Ausgenommen von der Möglichkeit der „Doppelbestrafung“ sind somit nunmehr: ● Immigranten(kinder), die auf französischem Boden geboren oder aber im Alter von unter 13 Jahren nach Frankreich gekommen sind; ● ausländische Ehepartner französischer Staatsbürger(innen) oder auch von Ausländer(innen) mit dauerhaft gefestigtem Aufenthaltsrecht; ● ausländische Eltern von Kindern mit französischer Staatsbürgerschaft; ausländische Staatsbürger(innen), die seit mehr als 20 Jahren in Frankreich leben. Zu einem früheren Zeitpunkt, also vor Inkrafttreten des Gesetzes, abgeschobene Personen dürfen nunmehr nach Frankreich zurückkehren, wenn sie in eine dieser Kategorien fallen.

Innenminister Sarkozy bezeichnete es als „nicht nur ungerecht und hart - da die Kinder nichts für die Straftaten ihrer Väter können –, sondern auch wirkungslos“, wenn in solchen Fällen Familien auseinander gerissen würden. Dies, da „der Ausländer sowieso illegal nach Frankreich zurückkommt, um mit seinen Familienmitgliedern zusammen zu leben“ – das hat die Praxis in der Tat bewiesen. Aber es gibt auch eine Ausnahme von der Ausnahme: Der Schutz entfällt, wenn der ausländische Staatsbürger als „terroristisch“ qualifizierte Straftaten begangen, oder sich der „Verletzung fundamentaler Staatsinteressen“ schuldig gemacht hat.

Dennoch hatten sich mehrere Dutzend Parlamentsabgeordnete der Rechten (der konservativen Einheitspartei UMP) zusammengefunden, die repressive Änderungsvorschläge zu der neuen Bestimmung vorlegten. So sollten einige zusätzliche Ausnahmen aufgenommen werden, die den Schutz gegen die „double peine“ entfallen lassen würden – so bei schweren Straftaten wie beispielsweise im (immer wieder erwähnten) Falle von Drogenhandel. Die längere Rede von Innenminister Sarkozy und der Druck einiger führender UMP-Politiker brachten sie dazu, ihre Anträge zurückzuziehen. Der Abgeordnete vom rechten Flügel der Konservativen, Thierry Mariani – der mit der Vorstellung des gesamten Textentwurfs betraut worden war –, bisher bekennender Befürworter der „double peine“, brach sich sogar vor den Abgeordneten geradezu einen ab, um seinen Sinneswandel zu erläutern. Die Herangehensweise habe sich nunmehr umgedreht, erklärte er den Parlamentariern, man müsse künftig „nicht mehr von der Schwere der Straftat ausgehen, sondern von der Person“.

Am Ende stimmten alle Parlamentsfraktionen – die beiden konservativ-liberalen Parteien UMP und UDF, die Sozialdemokratie, die Grünen und die KP – einstimmig für die vorgeschlagene Eindämmung der „double peine“. Hoffentlich ist damit auch eine gewisse Mentalitätsänderung, mit Wirkung hinein in die Gesellschaft, verbunden.

■ Aber auch: Destabilisierung bisher fest etablierter Einwanderergruppen

Das alles hinderte Innenminister Sarkozy ihn allerdings nicht daran, ansonsten in seinem neuen Gesetzentwurf auch den Status von fest etablierten Einwanderern in Frage zu stellen. So ist vorgesehen, dass diese Gruppe die zehnjährige Aufenthaltserlaubnis künftig nicht mehr nach drei, sondern erst nach fünf Jahren erhält. In dieser Zeit müssen sich die Immigranten jedes Jahr um eine befristete Erlaubnis bemühen. Die so genannte „Zehn-Jahres-Karte“ berechtigt zum unbefristeten Aufenthalt, da sie – außer bei schweren dagegen stehenden Gründen – automatisch verlängerbar ist. Bisher wurde sie, nach drei Jahren legalen Aufenthalts mit befristeten Titeln, automatisch vergeben. Jetzt müssen die Einwanderer, nach Ablauf der fünf Jahre, ihre „Integration in die französische Gesellschaft“ nachweisen.

Wenn der Verdacht auf eine „Scheinehe“ besteht, soll künftig der Bürgermeister die Eheschließung aussetzen und den Staatsanwalt einschalten können. Das Eingehen einer solchen Ehe würde als Straftat geahndet werden. Im Falle einer Eheschließung zwischen einem/r französischen und einem/r ausländischen Partner(in) kann der ausländische Teil nunmehr erst nach zwei Jahren die zehnjährige (d.h. unbefristete) Aufenthaltserlaubnis oder die französische Staatsbürgerschaft beantragen. Bisher war dies nach einem Jahr der Fall. (Unsinn dagegen ist, wenn die Tageszeitung „junge Welt“ am 10. Juli 03 behauptet, der oder die französische und der ausländische Partner/in müssten „zwei Jahre zusammen gelebt haben, bevor sie heiraten dürfen“. Das ist Unfug, denn nicht-eheliche Lebensgemeinschaften sind natürlich auch in Frankreich nicht anmeldepflichtig, der Zeitpunkt ihres Beginns damit nicht überprüfbar.)

Auch die Anerkennung einer Vaterschaft wird bei ausländischen Bewerbern in Zukunft von noch mehr Misstrauen begleitet. Wenn sich ein Betrugsverdacht bestätigt, soll der Aufenthaltstitel verweigert werden. Mit den neuen Bestimmungen zu Eheschlüssen und Vaterschaft wird nicht nur ein Verdächtigungspotenzial geschaffen, sondern vor allem wird eine bedeutende Macht in die Hände örtlicher Ver-

waltungen gelegt, wobei einige Bürgermeister sich als repressive Hardliner werden bewähren wollen.

Ferner soll die Beihilfe zu illegaler Einreise oder illegalem Aufenthalt (noch) rigoroser bestraft werden. Das kann halbmafiöse Netzwerke treffen, aber auch Menschen, die aus humanistischen oder antirassistischen Motiven handeln. So läuft seit dem 22. April 03 ein Strafverfahren gegen Charles Frammezelle, Mitglied einer Initiative im nordfranzösischen Calais, die solidarische Aktionen für die Flüchtlinge im ehemaligen Auffanglager Sangatte veranstaltete - wegen „Beihilfe zum illegalen Aufenthalt". Dafür drohen ihm theoretisch schon nach alter Gesetzgebung zehn Jahre Haft, falls der Strafrahmen voll ausgeschöpft würde.

Nicht zuletzt wird auch die Familienzusammenführung erschwert. Bisher erhielten, im Zuge des gesetzlichen Rahmens der Familienzusammenführung eingereiste, Familienmitglieder automatisch die Zehn-Jahre-Aufenthaltserlaubnis. Dieser Automatismus entfällt künftig. Die Familienmitglieder können jetzt nach 5 Jahren eine eigene Aufenthaltserlaubnis beantragen, unter der Bedingung, dass sie ihre „hinreichende Integration in die französische Gesellschaft" nachweisen – wieder eine dieser Gummibestimmungen, die als Drohungsinstrument eingesetzt werden kann. Die Bürgermeister haben künftig ein Wort bei der Familienzusammenführung mitzureden, nach Überprüfung der Wohnbedingungen des in Frankreich lebenden Familienmitglieds. Und falls ein ausländischer Staatsbürger seine Familie außerhalb des gesetzlichen Rahmens nachholt, was bisher vorkam, dann droht ihm künftig selbst der Verlust eines Aufenthaltsrechts auf französischem Boden.

Bernhard Schmid, Paris ■

ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

Aus einem Flugblatt der Stuttgarter Friedensinitiative

500 000 demonstrieren: „Kein Blut für Coltan im Kongo"

Wie schnelllebig doch unsere Zeit ist. Erinnern Sie sich noch an Massendemonstrationen und Politikeraufrufe, Schriftstellerappelle und Gottesdienste, Zeitungskommentare und Talkshows in denen sich alle, alle einig waren: Auch wenn Menschen unter einem terroristischen Regime zu leiden hätten, so könne das noch lange keinen Militäreinsatz von außen legitimieren, die Menschen müssten sich schon selber vom eigenen Joch zu befreien… Nun marschiert die EU im Kongo ein. Und keiner regt sich auf. Viele gehen sogar auf diesen Leim:

Heuchlerischer Euro-Imperialismus

Betrachten wir die Vorgeschichte. Am 3. April, mitten im Irakkrieg, erklärte Schröder im Bundestag, Europa müsse „ernsthaft über seine militärischen Fähigkeiten nachdenken". Bereits im Januar hatte sein belgischer Amtskollege Guy Verhofstadt erklärt: „Es ist paradox, aber je mehr Menschen auf unseren Straßen für den Frieden demonstrieren, desto dringender wird der Ausbau einer wirklich europäischen Verteidigungspolitik." Sein Außenminister nannte später den Grund: „…die nötigen militärischen Mittel während der Irakkrise fehlten, um diplomatisch den USA entgegentreten zu können". Hurtig folgte die Schaffung der „Europäischen Verteidigungsunion" durch Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg. Und – welcher Zufall! – schon bietet sich „Kerneuropa" ein Grund, seine militärischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. „Erstmals ohne USA- und NATO-Unterstützung", heben alle Kommentatoren mit Befriedigung hervor. (…)

Wer profitiert vom Krieg im Kongo?

„Laut Bericht der UN-Untersuchungskommission dreht sich der Krieg in der Demokratischen Republik Kongo weitgehend um die Kontrolle der immensen Rohstoffvorkommen des Landes, darunter Gold, Diamanten und Coltan. Coltan (Colombo-Tantalit) wird zur Herstellung von Hightech-Produkten, u.a. in der Raumfahrtindustrie, benötigt und vom Pentagon als ‚strategischer Rohstoff' eingestuft; 80 Prozent der weltweit bekannten Coltan-Reserven liegen im Kongo. Mit den Einkünften aus dem Coltan-Abbau, der unter elenden Arbeitsbedingungen stattfindet und vor allem während der Jahre 2000 sowie 2001 riesige Gewinne abwarf, finanzieren sich die Krieg führenden Armeen." In jedem Handy ist Coltan. Es ist gegen sehr hohe und sehr niedrige Temperaturen unempfindlich, leicht abbaubar und sein Preis ist so hoch wie jener von Gold. „Das deutsche Unternehmen H.C. Starck, Weltmarktführer bei der Tantal-Verarbeitung, war nach Angaben der UN-Untersuchungskommission einer der Hauptabnehmer kongolesischen Coltans; nach Recherchen der Washington Post wurde zeitweise sogar die Hälfte des kongolesischen Tantalits von Starck weiter verarbeitet. Ein im Oktober 2002 veröffentlichter UN-Bericht belegt, dass H.C. Starck auch weiterhin Coltan aus der Demokratischen Republik Kongo bezogen hat. ... Auch das Berliner Auswärtige Amt gerät in einem Strategiepapier geradezu ins Schwärmen. Es „werden wichtige Rohstoffe des Gebietes angepriesen (‚Erdöl, Kobalt, Coltan') und ‚eine gewisse Erwartungshaltung' der ehemaligen deutschen Kolonien Kamerun, Ruanda| und Burundi ‚bezüglich eines besonderen politischen Engagements' der Berliner Zentrale postuliert. Besonderes Interesse widmet das Auswärtige Amt der Demokratischen Republik Kongo… Berlin hält das ‚wirtschaftliche Potenzial des Landes', ... für ‚enorm'. In einem Positionspapier des Auswärtigen Amtes (‚Außenpolitische Strategie für Zentralafrika') heißt es, die Demokratische Republik Kongo werde in Zukunft ‚aufgrund ihrer Größe, des Rohstoffreichtums und der zentralen Lage an politischem und wirtschaftlichem Gewicht erheblich gewinnen'.

... Es mag sein, dass sich jetzt Menschen im Kongo angesichts ihrer verzweifelten Lage an den Strohalm EU-Truppen klammern. Bestenfalls wird sich vorübergehend für einige, vor allem in den wenigen städtischen Gebieten, einiges zum Besseren wenden, weil EUropa Propagandameldungen braucht. Schlimmstenfalls wird noch nicht einmal das passieren und die Intervention wird die Kriegssituation früher oder später noch mehr verschärfen. Jedenfalls wird die EU in einem der rohstoffreichsten Länder militärische Präsenz zeigen und den Kongo für ihre Profilierungsversuche gegen die USA benutzen. Keinesfalls werden die EU-Truppen den Kapitalismus abschaffen, der für brutalste Ausplünderung und Elend der Menschen verantwortlich ist und keinesfalls werden sie dafür sorgen, dass den Menschen die Reichtümer im Lande zugute kommen. Sie werden noch nicht einmal dafür sorgen, dass ihnen das zurückgegeben wird, was ihnen von Europa seit Jahrhunderten geraubt wurde. Das aber wäre das Mindeste, was zu fordern ist. Und ein sofortiger Schuldenerlass. *stuttgarter.fi@firemail.de, www.friedensnetz.de* ■

„Weltmacht USA – ein Nachruf“

So lautet der Titel eines Buches des Demographen E. Todd, das seit seinem Erscheinen in Frankreich im September 2002 auch unter Linken für Gesprächsstoff sorgt.

Ein halbes Jahrhundert lang standen die Vereinigten Staaten für politische und wirtschaftliche Freiheit, aber heute erscheinen sie immer mehr als ein Faktor der internationalen Unordnung, und wo sie können, fördern sie Instabilität und Konflikte“, behauptet der Autor und nimmt in Anspruch, eine Erklärung der aggressiven Außenpolitik der US-Administration zu liefern. In Wirklichkeit, so seine These, seien die USA heute wirtschaftlich und politisch vom Rest der Welt abhängig und im Niedergang. Der von der Bush-Administration propagierte Kampf gegen „die von ihr erfundene ‚Achse des Bösen‘“ solle von dieser Tatsache nur ablenken und den USA erlauben, ihre Vormachtstellung in der Welt durch das einzige verbliebene Faustpfand – ihr enormes militärisches Übergewicht – weiter zu verlängern.

Kriege gegen von vornherein unterlegene Gegner seien so aus US-Sicht logisch, würden in die internationalen Beziehungen aber erstmals in der langen Ära der US-Vormacht ein neues, irrationales Element von Unsicherheit und Spannung hineintragen. Statt Spannungen abzubauen und Probleme zu lösen, verfolge die neue US-Administration das genaue Gegenteil: Sie schüre künstlich Spannungen, handle zum Teil direkt unkalkulierbar und schaffe so neue Probleme, um ihre Vorherrschaft in der Welt trotz ökonomischem Niedergang weiter zu verteidigen.

Unwillkürlich fallen dazu Beispiele der letzten Zeit ein: Der Eroberungskrieg gegen den Irak, Drohungen Rumsfelds an die Adresse Belgiens, die pauschale Freistellung von US-Soldaten von jeder Strafverfolgung durch den internationalen Strafgerichtshof, die gegen alle Rechtsnormen verstoßende Inhaftierung angeblicher Al-Quaida-Angehöriger auf dem US-Stützpunkt Guantanamo usw.

Hauptbegründung für diesen wieder einmal beschworenen angeblichen Niedergang der USA ist bei Todd aber das enorme Außenhandelsdefizit der USA. Tatsächlich exportierten die USA 2002 fast 500 Mrd. $ weniger Waren und Dienstleistungen in alle Welt, als sie im gleichen Zeitraum importierten. Einige Zahlen für 2001: 83 Mrd. $ Handelsdefizit gegenüber China, 68 Mrd. mit Japan, 60 Mrd. gegenüber der EU, 30 Mrd. mit Mexiko, 13 Mrd. gegenüber Südkorea. Selbst Israel, Russland und die Ukraine weisen einen Handelsbilanzüberschuss in die USA auf. Todd: „Das Erdöl, die Obsession der amerikanischen Militärstrategie, erklärt beispielsweise in 2001 nur 80 Milliarden des gesamten Defizits, andere Produkte, hauptsächlich verarbeitende Güter, sind für 366 Milliarden Dollar Defizit verantwortlich.“ Selbst in Spitzentechnologien wie Computer, Luftfahrt, Biotechnologie fielen die USA zurück – Beispiel Airbus contra Boeing oder der sich anbahnende Konkurrenzkampf zwischen dem US-amerikanischen Satellitensystem GPS und dem europäischen Galileo-Projekt.

Diese und andere Anhaltspunkte sprechen sicher für die These Todds. Auf der anderen Seite ist der „Niedergang der US-Wirtschaft“ ein Dauerbrenner – manche erinnern sich noch an entsprechende Losungen beim Regierungsantritt Reagans vor 20 Jahren, später zu Beginn der Ära Clinton etc. Insofern ist die These Todds kein neuer Einfall. Trotz dieses oft beschworenen Niedergangs sind die USA aber bekanntlich auch noch heute die mit Abstand ökonomisch stärkste Macht – und werden das vermutlich auch noch ein paar Jahrzehnte bleiben. Insofern könnten das Buch Todds schnell in die Ablage „Wunschträume“ verschwinden. Zumal die Behauptung des Autors, die USA hätten 50 Jahre lang den Frieden und die Freiheit verteidigt, bei Linken mit Verweis auf die Mc-Carthy-Ära, den Korea-Krieg, den Vietnam-Krieg, den Putsch in Chile und andere Verbrechen der letzten Jahrzehnte sicher auf Widerspruch stößt.

Trotzdem lohnt das Buch. Denn der Autor bedient nicht nur antiamerikanische Ressentiments aus Sicht eines französischen Liberalen. Er entwickelt auch Thesen zur inneren Entwicklung – sowohl der „entwickelten Gesellschaften“ wie auch der sog. „dritten Welt“. Und da wird es interessant. Wichtige Indizien für die Entwicklungsrichtung von Gesellschaften sind für Todd einerseits die allgemeine Alphabetisierung und generell die Ausgaben für Bildung, zweitens die Entwicklung der Geburtenraten. Eine weltweit zunehmende Grundbildung und sinkende Raten von Analphabetismus sind für ihn eine Erklärung für die Stärkung demokratischer Strukturen und Kräfte in vielen Teilen der Welt.

In den reichen Gesellschaften dagegen beobachtet er eine andere Tendenz, hin zu einer neuen Oligarchie: „Die höheren und vor allem die universitären Bildungssysteme führen in die geistige und ideologische Organisation der entwickelten Gesellschaften wieder den Begriff der Ungleichheit ein. Nach einigem Zögern und Überwindung des schlechten Gewissens halten sich die ‚höher Gebildeten‘ schließlich für überlegen. In den fortgeschrittenen Ländern entsteht eine neue Klasse, auf die, grob geschätzt, 20 Prozent der Bevölkerung und 50 Prozent der Wirtschaftskraft entfallen. Diese neue Klasse hat zunehmend Schwierigkeiten damit, sich dem Zwang des allgemeinen Wahlrechts zu unterwerfen.“ (Seite 33)

Diese Beobachtung Todds bestätigt andere Studien, die von einer zunehmenden Polarisierung der entwickelnden Gesellschaften sprechen, ebenso die schon länger beobachtete Tendenz dieser Gesellschaften zur Exklusion (Ausschluss) großer Teile der Bevölkerung aus wirklichen Entscheidungsprozessen. Sie trifft sich auch mit Thesen etwa des Kasseler Soziologieprofessors Bude, dass der europaweit zu beobachtende Rechtspopulismus und Rassismus seine soziale Basis v.a. in den Oberschichten und den von Statuspanik getriebenen oberen Mittelschichten hat. Sie passt zu der bundesdeutschen Zuwanderungs- und Asyldebatte ebenso wie zu der Tatsache, dass die nun schon Jahrzehnte währende Verweigerung aller staatsbürgerlichen Rechte für ein Zehntel der Bevölkerung offenbar hierzulande kaum noch jemanden wirklich stört – außer die direkt Betroffenen.

Interessant und anregend sind auch Todds Ausführungen zur Entwicklung der Geburtenrate in vielen Ländern. Hierzulande kennt man dieses Thema nur unter „demographisch“ daherkommenden Rentenkürzungsplänen. Todd dagegen verweist auf den weltweiten Rückgang der Geburtenrate – auch in muslimischen Gesellschaften. Dieser Rückgang ist für ihn ein Indikator für neue, modernere Geschlechterverhältnisse – und zwar in Richtung Emanzipation der Frau. Sinkende Geburtenraten in muslimischen Ländern führen ihn zu der These, der islamische „Fundamentalismus“ sei eine Gegenbewegung gegen diese in Wirklichkeit stattfindende Modernisierung – und werde deshalb auch vermutlich unterliegen. Die Halbierung der Kinderzahlen pro Frau im Iran im Zeitraum 1981 bis 2001 ist für Todd Anzeichen einer solchen inneren Modernisierung – gegen die das Regime der Mullahs zwar Widerstand leistet, gegen die es aber letztlich verlieren werde. Auch hier kann man sicher über die Zulässigkeit solcher Schlüsse streiten. Aber allein die Tatsache, dass der Autor auf diese Entwicklungen hinweist und damit neugierig auf gesellschaftliche Prozesse macht, die im großen Schlagabtausch

der Politik oft unbeachtet bleiben, ist verdienstvoll.

Dass der Autor am Ende in Träumereien verfällt über das Aufkommen eines neuen „eurasischen“ Blocks in der Weltpolitik – ähnliches soll zur Zeit in neofaschistischen Kreisen „in“ sein – und seinen Anti-Amerikanismus so weit treibt, dass ihm bei Frauen wie Hillary Clinton Kastrationsängste befallen, soll freilich hier nicht verschwiegen werden. Wem das berechtigterweise zu weit geht, sollte die hinteren Kapitel des Buches einfach überschlagen. *rül* ■

Emmauel Todd, Weltmacht USA. Ein Nachruf. Erschienen im Piper Verlag München 2003, 265 Seiten, 13 Euro.

Jürgen Grässlin: Versteck dich, wenn sie schießen

Die wahre Geschichte von Samira, Hayrettin und einem deutschen Gewehr

Heute lächelt Samira wieder. Dabei hat das Leben ihr wenig Grund dazu gegeben: Als kleines Mädchen wächst sie in Somalia auf, mitten im Bürgerkrieg. Dann kommt der Tag, der alles verändert, der Tag, an dem ihre Mutter erschossen wurde. – In der Türkei lebt Hayrettin, ein kurdischer Lehrer, dem seine Schüler über alles gehen. Dann kommt der Tag, der alles verändert, der Tag, an dem sein Heimatdorf dem Erdboden gleichgemacht, viele Bewohner erschossen werden.

Ausgerechnet ein in Deutschland entwickeltes Schnellfeuergewehr hat Tod und Zerstörung ins Leben von Samira und Hay gebracht: das G3. Jürgen Grässlin erzählt die Geschichte von zwei Menschen, die selbst im Angesicht des Todes ihre Kraft und ihre Hoffnung nicht verlieren.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts bildet die weltweite Verbreitung so genannter „Kleinwaffen“ eine der größten Herausforderungen. Weltweit sind rund 550 Millionen „kleine Waffen“ und „leichte Waffen“ in Bürgerkriegen und Kriegen im Einsatz, die häufig zu Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden. Rund 90 Prozent aller Toten und Verletzten sind auf die Verwendung von Kleinwaffen zurückzuführen. Und Deutschland zählt zu den führenden Produzenten, Exporteuren und Lizenzgebern.

„Mit diesem Buch will ich den namenlosen Opfern dieser deutschen Kleinwaffe ein Gesicht und eine Stimme geben“, meint Jürgen Grässlin. Neben den bekannten Kalaschnikows spiele das deutsche Schnellfeuergewehr G3 der Oberndorfer Firma Heckler & Koch „eine besonders mörderische Rolle“, so Grässlin. Weltweit seien bisher über 1,5 Millionen Menschen durch Kleinwaffen der Firma Heckler & Koch ums Leben gekommen.

„Leider hat sich die Rüstungsexportpolitik Deutschlands unter Rot-Grün gerade bei Kleinwaffen nicht im gewünschten Maße verbessert“, kritisiert Grässlin. Der aktuelle Rüstungsexportbericht belege stattdessen eine „dramatische Zunahme“ bei Kleinwaffenexporten. Jürgen Grässlin, Sprecher der DFG-VK und des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen (DAKS), prangert in seinem Buch an, dass Deutschland mit der Entwicklung neuer Heckler & Koch-Waffen (G36 und OICW) zum führenden Gewehrproduzenten und -exporteur aufsteigen werde. Damit stehe zu befürchten, dass das weltweite Morden mit deutschen Waffen dramatisch zunehme.

Einnahmen aus Buchlesungen wird Grässlin dem noch zu gründenden Fonds für Opfer von Kleinwaffen zur Verfügung stellen.

Fernsehtipp: „Mein Vater der Massenmörder“

Beate Niemann ging ein Jahr lang mit dem Dokumentarfilmer und dreifachen Grimme-Preisträger Yoash Tatari auf Suche nach den grauenhaften Spuren ihrer Eltern. Bruno Sattler, ihr Vater, war Massenmörder in treuen Diensten des NS-Regimes. Er wurde nach Ende des 2. Weltkrieges aus Westberlin verschleppt, saß 25 Jahre in Gefängnissen der DDR und starb 1972 auf bislang ungeklärte Weise.

„Ich will diese Verbrechereltern nicht!“ ruft Beate Niemann in die Kamera. Sie steht am Grab ihrer Eltern und sieht aus als würde sie nun zerbrechen. Sie sagt es am Ende des Films. 45 Minuten sind die Zuschauer mit Beate Niemann auf die Suche nach den Verbrechen der Eltern gegangen sind: den Verbrechen eines Gestapo-beamten und seiner treu zu ihm und seiner „Arbeit“ stehenden Frau. Dabei wollte die Tochter „nur“ die Wahrheit über den „armen unschuldigen Vater“ finden, der, 1947 aus Westberlin verschleppt, 25 Jahre in DDR-Gefängnissen saß und 1972, wahrscheinlich, getötet wurde. Als sie Zugang zu den Akten der Gauck-Behörde bekommt, macht Beate sich auf die Suche - und findet die Wahrheit: Bruno Sattler, ihr Vater, war Massenmörder in treuen Diensten des NS-Regimes. Seitdem stellt sie sich der Geschichte ihrer Familie und sucht in Archiven, auf Friedhöfen, an den Tatorten des Vaters.

Sie hat die Postkarte gefunden, die ihre Mutter dem Vater 1942 nach Belgrad schrieb: „Die Leon kommt auf Transport nach Osten.“ Gertrud Leon hatte gerade ihr Haus an das Ehepaar Sattler „verkaufen“ müssen – in Begleitung eines SS-Mannes. Kurz danach wurde sie nach Theresienstadt deportiert. Beate war soeben auf die Welt gekommen, „im eigenen Haus“, wie der Vater schrieb. Im tödlich erpressten Haus, wie Beate Niemann heute weiß.

Sie fährt nach Belgrad. Dort trifft sie die einzige Überlebende des Lagers Semlin. Dort hat ihr Vater den Gaswageneinsatz geleitet und .... Menschen ermorden lassen. Am Ende bedankt sich die Tochter, deren Vater ermordet wurde, bei der Tochter des Mörders, dass sie gekommen ist und ihr zugehört hat.

Der Film ist so eindringlich und rasant erzählt, dass kaum Zeit bleibt, Beates jeweils neue und immer wieder ungeheuerliche Erkenntnis zu verarbeiten. Diese Wirkung hat der Autor beabsichtigt. Mit seiner geschickten Montage gibt Yoash Tatari Einblicke in die Verbrecherkarriere des Bruno Sattler buchstäblich Schlag auf Schlag – eben so unvermittelt und brutal, wie die Tochter sie erlebt.

Der Film hat keinen Kommentar. Beate Niemann und ihre Gesprächspartner erzählen.

„Mein Vater, der Mörder“? wird am 31.08. im 3SAT in der Dokumentarfilmzeit voraussichtlich um 21:30 Uhr gezeigt.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Autoritäre Staatsvorstellungen

Junge Freiheit Nr. 28/02 vom 4. Juli 2003

Die bundesdeutsche Justiz sei wirkungslos, behauptet der Autor *Christian Roth* und zitiert den Hamburger Innensenator Schill: „Solange die Jugend keine abschreckende Wirkung von Richtern, Gesetzen und Polizeibehörden ausgehen sieht, so lange werden wir dieses Problem haben“, behauptet dieser. Roth berichtet: „Zwei Drittel aller Deutschen fordern mittlerweile härtere Strafen. Der Ärger über aggressives Betteln, öffentlichen Drogenkonsum, Vandalismus und Farbschmierereien vermischt sich mit der exzessiven Medienberichterstattung über brutale Gewalttaten zu einem subjektiven Angstgefühl.

Seit Bestehen der Republik saßen noch nie so viele Menschen hinter Gittern. Bei der letzten Zählung vor zwei Jahren verbüßten mehr als 50.000 Täter ihre Strafe. Der Knastalltag wird geprägt von überfüllten Zellen, Gewalt, Drogen und einem babylonischen Sprachgewirr. Jeder vierte Strafgefangene ist Ausländer, fast jeder ist drogenabhängig. Der Traum von einer Resozialisierung entpuppt sich als Luftnummer.“ Roths Schlussfolgerung: Das Ausländerrecht müsse geändert werden, damit kriminelle Ausländer sofort abgeschoben werden können.

Mit wenig Sympathie berichtet das Blatt über die Parteigründung von Jamal Karsli. Karsli hat am 29. Juni in Düsseldorf eine Partei namens Fakt (Frieden, Arbeit, Kultur, Transparenz) gegründet. Das Blatt dazu: „Von Karslis kraftvollen Ankündigungen vor einigen Monaten, die Partei solle ‚sozialliberal, interkulturell, freidenkend und vor allem deutsch‘ sein, findet sich im Programm kaum mehr etwas, was sie von den Programmen der etablierten Parteien abgrenzen würde.“

In der von der Bundesregierung geplanten Abschaffung der Meisterpflicht für einige Handwerksberufe sieht das Blatt einen „Angriff auf eine deutsche Institution“ und behauptet: „Durch die zunehmende Liberalisierung des Wirtschaftsmarktes innerhalb der EU sind die deutschen Handwerker ins Hintertreffen geraten. ‚Teilweise ist es so, dass französische Unternehmen über die Grenze fahren und ihre Arbeit verrichten. Oftmals geschieht dies zu Dumpingpreisen. Nach der Qualität fragt dabei niemand.‘ wird der saarländische Wirtschaftsminister zitiert. Als ob in Frankreich keine qualitativ gute Handwerksarbeit geleistet würde. Handwerkerpfusch haben auch die deutschen Meister bislang nicht verhindert.

Wege aus der Krise – Faschistische Diktatur auf Zeit?

Junge Freiheit Nr. 28+29/02 vom 7.+11. Juli 2003

Die Serie „Wege aus der Krise“ ist in der Ausgabe 29 beendet. In Ausgabe 28 verbreitet sich *Detlev Kühn*, welche Lösungen die Rechte nur oft genug aussprechen müsste, dann werde sie schon Mitstreiter finden: An fünf Politikfeldern (Sicherheitspolitik, Finanzen, Einwanderung, Familienpolitik, Europapolitik) entwickelt er seine Vorstellungen: „Beispiel Sicherheitspolitik: Die amtierende Bundesregierung geht ... davon aus, dass eine Kampffähigkeit der Bundeswehr im Inland nicht mehr erforderlich sei, da Deutschland sozusagen ‚von Freunden umzingelt ‘ sei.“ Kühn hingegen: „Es ist durchaus möglich, dass der internationale Terrorismus in Verbindung mit der unkontrollierten Einwanderung ... bald wieder die Bereitstellung von militärischem Potenzial auch und gerade in Deutschland erfordert.“

Das ist weit entfernt vom grundgesetzlichen Verteidigungsauftrag der Bundeswehr und geht von einem Krieg der Bundeswehr gegen die bundesrepublikanische Bevölkerung aus. In der Finanzpolitik greift er auf die alte rechte Tirade gegen die EU-Gelder zurück, die die BRD an Brüssel zahlt. In der Einwanderungspolitik verlangt er, dass „die weitere Zuwanderung in unser Sozialsystem verhindert wird“, in der Familienpolitik will er die Sozialversicherungssysteme im Zweifelsfall abschaffen und die Mehrkinderfamilie fördern, denn:

„Gerade in Zeiten des materiellen Niedergangs haben sich Ehe und Familie immer auch als die beste Sozialversicherung bewährt.“

Zum Abschluss der Reihe jedoch schlägt *Angelika Willig* wirklich faschistoide Maßnahmen zur Bewältigung der Krise vor: „Andererseits ist es wahr, dass eine existenzielle Krise leichter zu bewältigen ist als chronisches Leiden – vorausgesetzt, die existenzielle Krise wird überlebt. Da man das aber nie weiß, verbieten sich politische Abenteuer in Richtung ‚Aufstand‘. Dann lieber das Siechtum, das wir so gut von unseren Sozialsystemen kennen. Einer müsste den Mut haben, einfach alles Soziale zu streichen, alle Parteien und Gewerkschaften zu verbieten und aus allen internationalen Bündnissen auszutreten – und dann sehen, was passiert. Würden die Leute auf der Straße verhungern? Würden die Rundfunkanstalten zumachen? In Rom gab es die Diktatur auf Zeit für politische Krisensituationen und nicht in einem Fall ist diese Einrichtung außer Kontrolle geraten.“

Diese Gedanken richten sich gegen die Grundwerte aller bürgerlichen Gesellschaften, die Frau könnte genauso gut die Wiedererrichtung des Dritten Reiches fordern. *uld* ■

Schönhuber stellt Kolumne in Nationalzeitung ein

Mit der Ausgabe 24 vom 6.6.2003 hat Franz Schönhuber seine wöchentliche Kolumne in der NaZe eingestellt. Als Begründung gibt er an: „Die Fertigstellung meines neuen Buches erfordert meine ganze Arbeitskraft.“ Redaktion und Verlag „danken ihm für seine Beiträge“. Ob mehr an inhaltlichen Querelen dahinter steckt, wird nicht ersichtlich.

In „Nation & Europa“, Ausgabe 7-8/2003 jedenfalls greift er weiter „zur Feder“ und sinniert über Politik und Moral. ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507